

13

Braunschweig, Sonntag 21. Mai 1967

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dufhues, Etzel, Even, Fera, Filbinger, Fricke, Glup, Grundmann, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, von Heydebreck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Lücke, [Langeheine], Meyers, Mikat, Rummler, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Seebohm, Stecker, Stingl, Vogel.

Vorbereitung des Bundesparteitags. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.10 Uhr

VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS

Barzel: Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die Zeitknappheit wollen wir ganz pünktlich anfangen. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler a. D. Erhard, ist im Augenblick noch verhindert. Er hat mich gebeten, die Sitzung zu leiten. Der Herr Bundeskanzler Kiesinger ist auf dem Wege von der Zonengrenze hierher.¹ Wir sollten deshalb beginnen mit unserer Arbeit.

Ich eröffne also die Vorstandssitzung und heiße Sie herzlich willkommen und wünsche uns miteinander einen guten Parteitag. Ich glaube, daß die Öffentlichkeit hinsieht auf diese Union, die nun wieder das verstärkte Vertrauen des deutschen Volkes hat, ob dieses bleibt und ob die Regeneration der Union, die spürbar ist, haltbar und dauerhaft ist und ob sie durch diesen Parteitag eine Bestätigung erfährt.

Es ist der erste Parteitag ohne Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. Wir werden seiner morgen früh gedenken. Es ist der erste Parteitag in einer Großen Koalition, ein Parteitag, der nicht nur wichtige satzungs- und personalpolitische Entscheidungen verlangt, die bisher im Blickpunkt der Öffentlichkeit ganz vorne stehen, sondern es gibt viele wichtige politische Aussagen; denn wir sind ja politisch in mancher Hinsicht in einer schwierigen Situation.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um die Liebenswürdigkeit, einer zügigen Verhandlungsführung ebenso zuzustimmen, wie einer zügigen Debattenführung durch Sie selbst Vorschub zu leisten. Wir haben genau zwei Stunden Zeit. Wir sollten also den Parteiausschuß² nicht warten lassen.

¹ Kiesinger war zu Besuch an der Zonengrenze bei Helmstedt, vgl. „Hannoversche Allgemeine“ vom 22. Mai 1967 „Lärmattacke von drüben gegen Kiesinger“.

² Protokoll in ACDP 07-001-023/1.

Ich glaube, daß wir noch ein Wort sagen sollten – damit das nicht noch in der Debatte gesagt werden muß –, daß wir vor einer sehr wichtigen Wahl in Niedersachsen³ stehen, daß nirgendwo steht, daß die gute Entwicklung, die wir in drei Landtagswahlen hinter uns haben, sich automatisch fortsetzen muß.

Meine Damen und Herren! Ich würde dann zunächst herzlich darum bitten, den Punkt aufrufen zu dürfen, der mit dieser Vorbereitung im Mittelpunkt der Debatte stehen wird, nämlich das Ernstmachen mit einem Stück Parteireform durch den Satzungsentwurf, den dieser Vorstand beschlossen hat. Dieser Vorstand hatte ein Gremium beauftragt, bestehend aus dem Präsidium und den Herren Landesvorsitzenden und Vereinigungsvorsitzenden, konkrete Personalvorschläge zu machen. Dieses Gremium hat zweimal getagt. Es hat außerdem eine Unterkommission eingesetzt. Über die Einzelheiten wird Ihnen Herr Kraske berichten. Ich meine nur – und vielleicht faßt das auch wieder ein Stück der Debatte zusammen –, noch folgendes sagen zu sollen: Wir hatten ein Vorgespräch um 11.00 Uhr bis 13.15 Uhr der Landesvorsitzenden und Vereinigungsvorsitzenden mit dem Präsidium.⁴ Dort war eigentlich die Meinung, ohne daß man dort Beschlüsse fassen kann, daß die Verabschiedung dieser Satzung – natürlich bei Offenheit für Änderungsvorschläge durch die Delegierten auf diesem Parteitag – nunmehr erfolgen sollte, weil nämlich die Probleme nicht dadurch leichter werden, daß man sie vertagt, und daß es gut wäre, die Personaldiskussion unter uns zu beenden. Ich meine, dies könnte ein guter Beitrag dazu sein, daß die Öffentlichkeit sieht, die Union ist in einer guten Kondition.

Wenn Sie einverstanden sind, würde ich zunächst Herrn Kraske bitten, im einzelnen zu berichten, wobei ich von dem Satzungsentwurf selbst ausgehe, der ja von diesem Gremium beschlossen worden ist. Sie sind einverstanden! – Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf in Abweichung der Reihenfolge zunächst formell bitten, daß Sie den Umdruck zur Hand nehmen, der Ihnen das Präsidium dieses Parteitags vorschlägt. Ich glaube, daß wir damit hier am schnellsten zu einem Beschluß kommen. Es ist von unseren niedersächsischen Freunden vorgeschlagen worden, zum Präsidenten des Bundesparteitags nicht den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbands Braunschweig, sondern den Spitzenkandidaten der CDU in Niedersachsen, Herrn Langeheine⁵, zu wählen und als Mitglied dieses Präsidiums folgende Damen und Herren vorzuschlagen: Frau Becker-Döring, Frau Brauksiepe, Herrn Dufhues, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Filbinger, Herrn Dr. Gradl,

3 Am 4. Juni 1967. Ergebnis: SPD 43,3%; CDU 41,8%; NPd 6,9%; FDP 6,6%; DFU 0,8%; Sonstige 0,5%. Vgl. LEXIKON S. 743.

4 Protokoll vom 2. bzw. 8. Mai in ACDP 07–001–1401.

5 Richard Langeheine (1900–1995), Rechtsanwalt und Notar; 1948–1961 mit Unterbrechungen Mitglied des Stadtrats von Peine, 1949–1955 Mitglied des Kreistags, Bürgermeister von Peine, 1955–1970 MdL (DP, später CDU), 1955/56 Justizminister in Niedersachsen, 1956–1959 und 1965–1970 Kultusminister.

Herrn Landrat Lauenstein⁶, der hier der Kandidat für die Wahlen ist, Herrn Russe, Herrn Gewandt⁷, Herrn Vogel, den stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union. Die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen empfehlen Ihnen diesen Vorschlag. Sie empfehlen Ihnen gleichzeitig, der Zusammensetzung folgender Mandatsprüfungskommission zuzustimmen – Vorsitzender: Dr. Fricke; Mitglieder: Laipold⁸, Rummeler, Vogt⁹.

Barzel: Meine Damen und Herren! Aus praktischen Gründen ist es wichtig, das zuerst zu erledigen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Darf ich feststellen, daß wir so verfahren können? (*Zustimmung.*) Ich bedanke mich herzlich. – Herr Kraske!

Kraske: Sie finden in Ihren Unterlagen vor sich einen roten Umdruck, der die personellen Vorschläge enthält, die die Konferenz der Landesvorsitzenden und der Vorsitzenden der Vereinigungen gemeinsam mit dem Präsidium auf der Grundlage der von diesem Vorstand gebilligten neuen Satzung erarbeitet hat. Dabei hat die Landesvorsitzendenkonferenz auf ihrer ersten Sitzung am 8. Mai¹⁰ das Präsidium in der Ihnen hier vorgeschlagenen Zusammensetzung beschlossen, nämlich dem Parteitag zunächst die Wahl des bisherigen Bundesvorsitzenden Professor Erhard zum Ehrenvorsitzenden zu empfehlen, außerdem zur Wahl vorzuschlagen Herrn Bundeskanzler Dr. Kiesinger zum Bundesvorsitzenden, Herrn Bundesminister Dr. Heck zum Generalsekretär, die Herren Dr. Schröder, Duffhues, von Hassel und Lücke zu Stellvertretenden Vorsitzenden und Herrn Dr. Seebohm zum Schatzmeister. Dem Präsidium sollen außerdem nach dem vorliegenden Satzungsentwurf Herr Dr. Gerstenmaier und Herr Dr. Barzel kraft Amtes als Bundestagspräsident bzw. als Bundestagsfraktionsvorsitzender angehören.

Nach der Diskussion über die Stellvertretenden Vorsitzenden hat es in der Konferenz der Landesvorsitzenden eine Abstimmung über mehrere Vorschläge gegeben. Vorgeschlagen war für dieses Amt außerdem noch Herr Blank. Die Landesvorsitzenden haben außerdem auf ihrer heutigen Sitzung eine Anregung der Frauenvereinigung entgegengenommen, der sich andere Gruppen angeschlossen haben, die Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden auf fünf zu erhöhen und für diese fünfte Position Frau Brauksiepe vorzuschlagen. Die Landesvorsitzenden haben sich allerdings nicht in der Lage gesehen, das hier formell bereits zu beschließen, weil dieser Vorstand die Landesvorsitzenden nur beauftragt hatte, personelle Vorschläge im Rahmen des hier beschlossenen Sat-

6 Carl Lauenstein (geb. 1919), Landwirt; 1952–1972 Ratsherr der Gemeinde Bodenstedt (CDU), 1964–1972 Kreistagsabgeordneter und Landrat des Landkreises Braunschweig, 1959–1986 MdL Niedersachsen.

7 Heinrich Gewandt (geb. 1926), Kaufmann; 1949–1956 Vorsitzender der JU Hamburg, 1953–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1957–1976 MdB, 1965–1975 Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion.

8 In der Vorlage: Leiphold. – Otto Laipold (1919–1987), 1959–1978 Geschäftsführer des LV Westfalen-Lippe.

9 Gustav Vogt (1912–1975), 1954–1962 Landesgeschäftsführer des LV Bremen, 1962–1970 des Landesverbands Schleswig-Holstein.

10 Vgl. Anm. 4.

zungsentwurfs zu machen, und weil nur dieser Kreis die Satzung entsprechend abändern könnte von vier auf fünf.

Es ist außerdem zu berichten, daß vor der Beschlußfassung über den Vorschlag, Herrn Bundesminister Heck für das Amt des Generalsekretärs vorzusehen, eine Abstimmung im Kreise des Präsidiums der Landesvorsitzenden und der Vorsitzenden der Vereinigungen stattgefunden hat, ob der Generalsekretär dieses Amt hauptamtlich führen soll, ob man an die Übernahme dieses Amtes die Bedingung knüpfen solle, daß er aus der Regierung ausscheiden müsse. Es hat darüber eine längere Debatte gegeben. Bundeskanzler Kiesinger hat mit anderen Mitgliedern dieses Kreises dringend darum gebeten, die Kombination der Mitgliedschaft im Kabinett beizubehalten, jedenfalls sie nicht auszuschließen. In der Abstimmung hat es dafür eine klare Mehrheit gegeben. Nach dieser Abstimmung ist dann auf Vorschlag von Herrn Kiesinger Herr Dr. Heck einstimmig von diesem Gremium nominiert worden.

Auf der zweiten Seite finden Sie den Vorschlag der von Ihnen eingesetzten großen Kommission – Präsidium, Landesvorsitzende, Vorsitzende der Vereinigungen – für die 20 weiteren Mitglieder dieses Vorstands. Die Landesvorsitzenden hatten eine kleine Kommission eingesetzt, die vorgestern getagt hat und die zunächst einen zahlenmäßig weitergehenden Vorschlag, nämlich 27, gemacht hat. Die Landesvorsitzenden waren heute vormittag der Meinung, daß sie diesem Vorstand einen 20er-Vorschlag präsentieren sollten, so wie ihn der Parteitag nachher als Vorschlag braucht; denn es gibt 20 Plätze zu besetzen. Es hat im Kreise der Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Vereinigungen heute vormittag eine Abstimmung stattgefunden. Das Ergebnis dieser Abstimmung sind diese 20 Kandidaten, die jeweils die meisten Stimmen bekommen haben. Das war der wesentliche Inhalt.

Entschuldigen Sie, ich habe noch eines vergessen. Es hat noch eine Abstimmung stattgefunden über den Vorschlag für den Bundesschatzmeister. Vorgeschlagen waren Herr Professor Dr. Burgbacher und Herr Dr. Seebohm. Diese Abstimmung hat bei den Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Vereinigungen eine Mehrheit für Herrn Dr. Seebohm ergeben. Auch das finden Sie in der Aufstellung.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich danke für den Bericht von Herrn Kraske. Ich glaube, daß wir im Grunde genommen vier Fragenkreise haben – das erleichtert die Debatte, falls eine Generalausprache gewünscht wird –, nämlich erstens die Frage – die Reihenfolge ist zufällig – der Einführung einer Frau durch einen fünften Stellvertretenden Vorsitzenden. Zweitens sollten wir ein Wort sprechen über die Frage des Generalsekretärs. Das ist zwar votiert worden, aber wir lesen ja alle die Zeitungen¹¹ und haben den Parteitag nun vor uns. Es ist die Frage der Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs bzw. seiner Befugnisse. Das dritte wäre dann die Frage des personellen Tableaus. Mir scheint, man muß die beiden ersten Fragen zunächst entscheiden. Dann kommt als vier-

¹¹ Vgl. „Kölnische Rundschau“ vom 9. Mai 1967 „Trotz CDU-Generalsekretär – Heck soll Minister bleiben“; „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 10. Mai 1967 „CDU-Führungsspitze“.

ter Fragenkreis noch etwaige Änderungen zur Satzung, die sich hier ergeben aus der inzwischen erfolgten internen Debatte.

Wenn Sie damit einverstanden sind, daß ich die Debatte so aufgliedere, kommen wir schneller zum Ziel. – Dann können wir so verbleiben. Dann darf ich als erstes den Wunsch unserer Damen anschneiden. Die Konferenz heute morgen hat sich mit Mehrheit dafür entschieden, Ihnen vorzuschlagen, die Satzung zu ändern auf einen fünften Stellvertretenden Vorsitzenden. Vorgeschlagen hierfür wurde die Kollegin Aenne Brauksiepe. Darf ich die Debatte zunächst über diese Frage eröffnen? – Herr Kohl!

Kohl: Ich habe heute früh für diesen Vorschlag gesprochen. Ich brauche das deswegen jetzt hier nicht zu tun. Ich habe nun folgende Frage. Mir liegt daran, daß eine Dame in das zukünftige Präsidium kommt. Deswegen die konkrete Frage, ist ein Vorschlag zu erwarten, daß wir zwei Stellvertreter bekommen? Dann müßte man sich in diesem Zusammenhang darüber unterhalten.

Heute früh ist angedeutet worden, daß möglicherweise ein Vorschlag kommt, die Satzung so zu ändern, daß statt – wie jetzt interpretiert wurde – fünf nur zwei Stellvertretende Vorsitzende eingeführt werden sollen. Das würde bedeuten, daß dann weitere Präsidialmitglieder in der Satzung enthalten sein müßten, oder man muß die ganze Zahl verringern. Wenn man bei der Zahl bleiben will, würde das bedeuten, neben den zwei Stellvertretenden Vorsitzenden noch drei Präsidialmitglieder zu nehmen und davon dann eine Dame. Das muß jetzt klargestellt werden.

Barzel: Das ist ein wichtiger Hinweis. Ich nehme an, Herr Kohl, daß das in der Debatte ohnehin aufkommt. – Herr Schmücker!

Schmücker: Ich würde meinen Vorschlag hier nicht wiederholt haben, aber im Zusammenhang mit der Anregung der Frauenvereinigung muß ich es jetzt ja wohl tun, weil Herr Kohl das eben angeschnitten hat. Ich möchte ausdrücklich betonen, wenn die Zahl aufrechterhalten wird, die jetzt da ist, oder von dieser Zahl ausgegangen wird, nämlich vier (*Kohl:* Fünf!) – nein, vier –, daß darunter eine Frau sein soll. Wenn das nicht zu machen ist, dann kann man auch den fünften noch hinzunehmen. Aber an dieser Auseinandersetzung merken Sie doch, daß jede Ausweitung der Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden das Problem schwieriger macht. Wenn wir eine Frau aufnehmen wollen, was wir alle für gut halten, dann ist es ganz selbstverständlich, daß die Forderung der Berliner und unserer Freunde aus Mitteldeutschland nicht ungehört hier ausgesprochen werden kann. Wir haben hier an der Zonengrenze den Parteitag. Wir werden sehr stark beobachtet. Eine Meldung etwa in Mitteldeutschland „Die Berliner scheiden aus“ würde nicht vorteilhaft für uns sein.

Wenn wir aber schon soweit sind, ist es doch ganz selbstverständlich, daß die Junge Union und die Sozialausschüsse auch kommen werden. Ich darf sagen, daß dann die Mittelstandsvereinigung natürlich nicht stillstehen wird. Wenn im Präsidium nach den Gesichtspunkten der Zusammensetzung der CDU verfahren wird, dann muß man auch schon die ganze Breite oder zumindest den größten Teil der Breite ausschöpfen.

Um alledem auszuweichen, halte ich es nach wie vor für besser, daß man zwei Stellvertreter hat. Das würde auch die Position dieser Persönlichkeiten heben. Das würde

das Präsidium – und hier unterscheide ich mich etwas von Ihnen, Herr Kollege Kohl – dann auch in der Größe eines Geschäftsführenden Vorstands halten, was wir möchten. Ich persönlich möchte nicht, daß das Präsidium so groß wird, daß es praktisch ein kleiner Vorstand ist und der Vorstand eigentlich Ausschuß heißen müßte. Ein zu großes Präsidium wird in die Aufgaben des Vorstands hineinspielen. Auch von der Seite her betrachtet, ist es nach meiner Meinung ein Nachteil.

Nun wurde heute morgen mehrfach betont, daß man alle diese Überlegungen nicht abstrakt anstellen solle. Ich weiß sehr wohl, daß die personalpolitischen Konsequenzen sehr hart sind; aber wenn ich beides miteinander vergleiche, meine ich, wäre der größere Vorteil, wenn wir eine kleine Führungsspitze der Partei der Öffentlichkeit präsentieren. Dann würde das, was der Herr amtierende Vorsitzende vorhin gesagt hat, nämlich ein Regenerationsprozeß, nicht stattfinden. Für das, was bisher gemacht wird, kann man diesen Namen nicht gebrauchen.

Barzel: Meine Damen und Herren! Damit haben wir also die Anregung, nicht auf vier, wie wir neulich beschlossen haben, zu gehen, sondern auf zwei. Wir haben die andere Anregung, statt vier nun auf fünf zu gehen wegen des Petütums der Damen, das heute morgen eine Majorität gefunden hat. Wird das Wort gewünscht, oder können wir die Debatte durch Abstimmung erledigen? – Herr Lemke!

Lemke: Wenn wir auf zwei heruntergehen, sollen dann drei zusätzliche Präsidiumsmitglieder gewählt werden? Oder soll das Präsidium verkleinert werden? Das müßte klargestellt werden.

Barzel: Ich kann das schlecht beantworten. Ich bin nicht der Antragsteller. – Herr Katzer!

Katzer: Ich wollte darauf aufmerksam machen, daß wir heute morgen sehr lange diskutiert haben über den berechtigten Wunsch der Frauenvereinigung. Es ist für die Repräsentanz einer modernen Volkspartei unendlich wichtig. Man kann ja darüber sprechen, ob das Mitglieder oder Stellvertretende Vorsitzende sind, aber es ist wichtig, daß man gerade bei den Wahlkämpfen die Frauen ansprechen kann. Wir sollten das aufgreifen, Herr Vorsitzender, was heute morgen gesagt worden ist.

Barzel: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich würde in dem Falle, daß sich die Mehrheit gegen zwei entscheidet, selbstverständlich für den Wunsch der Frauen stimmen. Es müßte die Vorfrage geklärt werden: zwei oder mehr?

Barzel: Herr Meyers!

Meyers: Eben war die Antwort von Herrn Schmücker nicht zu verstehen. Was haben Sie gesagt? Wenn Sie zwei Stellvertreter haben, wollen Sie das Präsidium entsprechend verkleinern? (*Schmücker:* Ja!)

Barzel: Herr Lemke!

Lemke: Dann ist das Petitum, daß wir eine Frau an die Spitze bekommen, sehr fraglich. Entweder müssen Sie zwei Stellvertreter und drei Beisitzer vorsehen – dann haben Sie eine Frau dabei –, oder sie müssen fünf Stellvertreter nehmen.

Barzel: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich habe die Frage der Frauenvereinigung so verstanden, daß Sie sagten, wenn schon vier, dann muß darunter eine Frau sein. Ich habe es heute morgen aber auch so verstanden: Wenn es nur zwei Stellvertreter sind, dann erheben wir keinen Einwand.

Barzel: Herr Schröder!

Schröder: Man sollte außer diesen beiden Alternativen noch eine dritte Möglichkeit diskutieren, nämlich, daß man zwei Stellvertreter hätte und dann eine Reihe von Beisitzern, bei denen man all das lösen könnte, was jetzt offensichtlich ungelöst bleibt. Das Präsidium ist relativ klein. Es ist bisher auch relativ klein gewesen. Wenn man zwei Stellvertreter hätte, bestünden sicherlich keine Bedenken dagegen, vier weitere Beisitzer für das Präsidium zu haben. Warum nicht! Nur kann man sich nicht damit sehen lassen, daß man fünf, sechs oder sieben Leute Stellvertretende Vorsitzende nennt. Das nimmt einem niemand ab.

Barzel: Frau Fera!

Fera: Wir legen Wert darauf, daß eine Frau nicht als Stellvertreter der Vereinigung, sondern als Frau in das Präsidium kommt. Wie das Präsidium aussieht, ob zwei Stellvertreter und vier Beisitzer oder vier oder fünf Stellvertreter, spielt dabei nicht die entscheidende Rolle. Wir haben eine Frau im Präsidium. Wir würden gern in dem Präsidium, wie es auch zusammengesetzt ist, wieder eine Frau haben.

Barzel: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Wir sind uns ziemlich einig darüber, entweder fünf oder zwei plus drei. Das ist einfach eine Frage der Optik: Kann man es sich leisten, fünf Stellvertreter zu haben, oder ist es richtiger, daß man zwei Stellvertreter und drei Beisitzer hat? Da finde ich das letzte richtiger.

Ein weiterer Mangel ist schon deshalb da, wenn Sie vier Stellvertreter haben, ohne zu sagen, wer wann was tun muß. Ich möchte deshalb vorschlagen: zwei Stellvertreter und drei Beisitzer. Damit können wir die Dinge personell erledigen, und es gibt keine Vorsitzenden-Inflation.

Barzel: Herr Stingl!

Stingl: Meine Damen und Herren! Herr Gradl hat heute morgen schon darauf hingewiesen, daß im bisherigen Präsidium Herr Amrehn Mitteldeutschland und Berlin repräsentierte, daß aber nach der jetzigen Diskussion aus dem Präsidium auch andere ihm bisher angehörende Persönlichkeiten ausgeschieden sind, nämlich Herr Blank, Frau Brauksiepe und Herr Amrehn. Nun wird gesagt, die Frauen müssen auf jeden Fall vertreten sein. Wir müssen aber auch feststellen, daß es für die CDU recht bedenklich ist, wenn ausgerechnet der einzige Vertreter, der Berlin und Mitteldeutschland vertritt, nicht mehr im Präsidium ist.

Barzel: Herr Filbinger!

Filbinger: Man könnte die Schwierigkeit, die darin besteht, Stellvertreter einerseits und Beisitzer auf der anderen Seite, durch eine Ordnung, die sich das Präsidium gibt, ohne weiteres überbrücken, etwa in der Weise, wenn vier oder fünf Stellvertreter da sind, dann wäre es denkbar, daß durch eine interne Ordnung, die dieses Gremium sich gibt, die Reihenfolge, wann der einzelne Stellvertreter amtiert in Vertretung des Vorsit-

zenden, festgelegt wird. Damit wäre die Gefahr, daß dieses Gremium zu kopflastig wird und keine arbeitsfähige und elastische Spitze mehr wäre, ausgeräumt. Das wäre das eine.

Das zweite ist folgendes: Ich hatte heute früh begründet, warum ich für vier plus eins, nämlich eine Frau, bin. Ich bin der Meinung, daß der Vorstand mit den vier Stellvertretern sehr sorgfältig erwogen worden ist, und daß er auch eine Repräsentation unserer Partei darstellt in ganz bestimmter Weise.

Ich meine, wir kämen irgendwie in Schwierigkeiten, wenn wir von diesem sehr sorgfältig erarbeiteten Vorschlag wieder abkämen. Ich meine, daß sicherlich keine entscheidende Mehrheit gegen die Repräsentation einer Frau im Präsidium ist, so daß uns dieses nahelegt, vier plus eins zu nehmen; d. h. das Tableau im übrigen zu belassen, dazu aber eine Frau nehmen.

Barzel: Herr Schmücker!

Schmücker: Herr Vorsitzender! Der Vorschlag des Kollegen Schröder erfüllt mein Petition nur in einem Punkt, weil es nämlich schlecht ist, mit einer Vielzahl von Stellvertretern aufzukreuzen; denn das macht keinen guten Eindruck. Aber die Rolle des Präsidiums mit einer Anzahl von Beisitzern wird ausgeweitet. Die Rolle wächst einfach in die Zuständigkeit des Gesamtvorstands hinein. Was ich mir darunter vorstelle, soll ein Geschäftsführender Vorstand sein. Wenn Sie Beisitzer einführen, dann kommt die Frage der Aufschlüsselung wieder hoch. Ich möchte sagen, die Nuancierung, die Sie der Sache gegeben haben, erfüllt nur einen Vorschlag, aber das zweite Problem wird nicht dadurch gelöst.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich würde gern noch ein Wort dazu sagen. Wir haben die Frage „zwei oder vier“ nicht nur im vorbereitenden Gremium und im Präsidium, sondern auch – wenn ich mich recht erinnere – im Bundesvorstand erörtert.¹² Wir haben uns damals auf vier verständigt, weil wir meinten, daß man überhaupt nicht aussagen kann, wie die 20 direkt in geheimer Wahl zu Wählenden am Schluß aussehen werden, nämlich konfessionell, soziologisch und landsmannschaftlich.

Deshalb sollte bei den Stellvertretenden Vorsitzenden die Repräsentanz der Union deutlich gemacht werden. Das war das Argument, welches damals gegen zwei und für vier ins Feld gebracht wurde. Ich sehe die Sache jetzt so, daß wir insgesamt drei Möglichkeiten haben: 1. Wir ändern nichts. Es bleibt bei vier. 2. Wir gehen auf fünf, um den Wunsch der Damen, der heute morgen eine Majorität hatte, zu erfüllen. 3. Wir gehen auf zwei zurück, wobei sich dann die Frage von eventuellen Beisitzern stellen würde. Wir können die Sache durch Abstimmung entscheiden, wenn Sie wollen. Oder wünschen Sie weiter zu debattieren? (*Kohl:* Der weitestgehende Antrag lautet auf fünf Stellvertretende Vorsitzende.) Der weitestgehende Antrag geht auf fünf Stellvertretende Vorsitzende. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

¹² Der Bundesvorstand diskutierte bereits am 16. Februar 1966 über die Frage der Anzahl der Stellvertreter (vgl. Nr. 3). Vgl. auch die Sitzung am 12. Mai 1967 (Nr. 12 S. 485, 487, 539f., 543–549). Abgestimmt wurde zugunsten von vier gleichberechtigten Stellvertretenden Vorsitzenden (S. 546f.).

(Kraske: 27!) Wer ist dagegen? (Kraske: 17!) 27:17, meine Damen und Herren! Damit entfallen alle die anderen Alternativen, die wir eben diskutiert haben. Der personelle Vorschlag kommt nachher, wenn wir bei dem Tableau sind. – Herr Kollege Lemke!

Lemke: Soll das heißen: fünf Stellvertreter oder vier Stellvertreter und einen weiteren Stellvertreter, nämlich die Frau? (Mehrere Zurufe: Nein, nein!) Ich denke nur daran, daß hier das Petikum der Frauen erledigt werden soll. (Zuruf: Das wollen wir auch!) Wenn Sie es nicht hineinschreiben, dann haben Sie keine Gewähr dafür. (Zuruf: Wollen wir nicht!)

Barzel: Herr Kollege Lemke, es war heute morgen klar, daß wir aus vielen guten Gründen kein besonderes Minderheitenrecht – Herr Kohl hat es vor allem ausgeführt – schaffen sollten. Wenn wir nachher zu den personellen Vorschlägen kommen, ist es ganz klar, daß wir hier miteinander die Frau als die fünfte meinen. Ich glaube, das wird vom Parteitag auch so verstanden und entsprechend beschieden werden. (Filbinger: Man kann sagen in der Satzung: fünf Stellvertreter, darunter eine Frau.) Darf ich das als eine Anregung betrachten, daß wir sagen: von den fünf eine Frau, und das in die Satzung schreiben? – Wer dafür ist, dies in die Satzung zu schreiben ... (Lebhafte Unruhe.) Augenblick, meine Herren, ich eröffne die Debatte. – Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Ich muß hier widersprechen. Ich bin unbedingt dafür, die Frau zu nominieren, aber ich bin ebenso entschieden dagegen, das satzungsmäßig zu fixieren. Das ist eine klare Diskriminierung; denn das zeigt von vornherein, daß dieser Parteitag nur über eine Satzung in der Lage ist, eine Dame in das Präsidium zu befördern. Ich halte das für unmöglich.

Wenn wir überhaupt hier etwas optisch Gutes tun wollen, dann nur durch einen freien Entschluß und nicht dadurch, daß wir uns satzungsmäßig binden. Man kann doch an die Loyalität des Parteitags appellieren. Man wird diese Loyalität auch bekommen. (Filbinger: Wir können es doch sagen!)

Barzel: Wir können uns dahin verständigen, daß es in den Vorträgen gesagt wird, die diese Änderungen zum Inhalt haben; aber nicht hineinschreiben.

Darf ich dann den ersten Punkt verlassen? (Zustimmung.) Der zweite Punkt – wir haben uns vorher über die Reihenfolge verständigt – ist die Frage des Generalsekretärs. Es ging um die Frage, die früher durch Abstimmung geregelt war, ob das Wort „hauptamtlich“ oder „ausschließlich“ oder wie auch immer hineinkommt. Wir haben die Entscheidung darüber offengelassen.

In den Vorbereitungsgremien hat uns dann der Herr Bundeskanzler klargemacht, daß er Wert darauf legt, den Kollegen Heck auch im Kabinett zu haben, falls dieser auf seinen Vorschlag vom Parteitag zum Generalsekretär gewählt würde, und zwar aus den Gründen, die uns sicher noch in Erinnerung sind, die wir in der Debatte sicher noch einmal erörtern werden. Weil das nach Pressemeldungen eine große Rolle spielen wird, ist es sinnvoll, wenn dieses Führungsgremium sich darüber eine Meinung bildet. – Herr Grundmann!

Grundmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich hätte an sich vorher das andere sagen müssen, aber an dieser Stelle paßt es auch noch. Sie kennen die Pres-

semeldungen, die natürlich nicht das wiedergeben, was im Hintergrund steht, nämlich die Überlegung eines Vertagungsantrages der Gesamtsatzung. Ich möchte dazu folgende Erklärung abgeben. Die Delegierten der rheinischen CDU und der Landesvorsitzende haben in einer mehrstündigen Sitzung die Gesamtfrage der Satzungsberatungen auf diesem Parteitag besprochen.¹³ Dabei hat sich ergeben, daß u. a. die von Ihnen angesprochene Frage, aber auch einige andere Fragen in unserer Partei nicht einheitlich beurteilt werden, so daß eine Diskussion über die Satzung zu erwarten ist, die man in der Gesamtheit nicht übersieht; die jedenfalls über die Beschlüsse des Bundesvorstands hinausgeht.

Ich habe nicht hier zu erklären, daß wir einen Antrag stellen – wie berichtet worden ist –, sondern ich habe zu erklären, daß am Ende der Beratungen, nachdem die Differenzierungen einer möglichen Satzungsdebatte auf dem Bundesparteitag im sachlichen und personellen Bereich sichtbar werden, es nicht zu einer Situation kommen darf, die wir angesichts des Wahlkampfes für bedauerlich hielten. Ich habe nach einer Abstimmung, die eine fast einstimmige Übereinstimmung ergab, festgestellt, daß wir auch nach einer schwierigen Satzungsdebatte eine Übereinstimmung insofern erzielen können, als dies nur als eine Alternative zu einem solchen Verfahren gedacht ist, d. h. also, daß wir hier mitwirken in den Gremien an einer Übereinstimmung in dieser Frage. (*Andauernde lebhaft Unruhe und Zuruf: Was heißt das?*) Ich sage das deswegen, weil im Hintergrund stand, daß ein solcher Satzungsantrag bereits gestellt sei. Das trifft nicht zu, sondern wir haben hier die Bereitschaft der Mitwirkung an dieser Satzungsdebatte. Ich halte es für notwendig, das hier festzustellen, damit klar ist, daß wir an sich diese Punkte sehr gern angesprochen hätten, weil es uns lieber ist, das hier zu tun als im Plenum des Parteitags. (*Anhaltende Unruhe.*)

Barzel: Es ist wichtig, daß diese Klarstellung erfolgt ist. (*Lebhaft Unruhe und Zurufe: Welche?*) Vielleicht kann Herr Rathke das in der Darstellung für die Presse aufnehmen, damit hier kein falscher Zungenschlag entsteht. (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Even!

Even: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich fühle mich verpflichtet, Sie auf folgendes aufmerksam zu machen. Es haben mir mehrere Delegierte erklärt, sie würden auf diesem Parteitag im Rahmen einer Satzungsdebatte die Gültigkeit von 102 Delegiertenmandaten anfechten, nämlich die der Exil-CDU, der Oder/Neiße-CDU und der Ost-Berliner Vertretung. Wenn im Hinblick auf das Parteiengesetz diese Satzungsreform begründet worden ist in einer an sich überstürzenden Weise, wobei das Parteiengesetz überhaupt noch nicht verabschiedet ist und der letzte konkrete Wortlaut noch gar nicht vorliegt, dann wird man damit nicht verhindern können, daß dann auch präzise die Frage der Doppelstimmberechtigung, der wir bisher in unserer Partei ausgewichen sind, diskutiert wird. Ich mache darauf aufmerksam mit allen politischen Konsequenzen, die sich unter Umständen aus einer strittigen Debatte über diese Frage ergeben könnten.

¹³ Landesparteitag der CDU Rheinland in Oberhausen am 10./11. Februar 1967. Vgl. auch MARX S. 434–439.

Barzel: Herr Kraske kann dazu gleich etwas sagen.

Kraske: Der Vorstand hat sich natürlich auf seiner Sitzung am 2. Mai auch darüber Rechenschaft abgelegt, daß das Parteiengesetz mit diesen Bestimmungen erst am 1. Januar 1969 in Kraft tritt. Wenn er dennoch dieses Verfahren eingeschlagen hat in der damaligen Sitzung, dann aus der Überzeugung, daß es gut wäre, wenn diese Partei nach dem Parteiengesetz nicht nur die finanziellen Bestimmungen beschleunigt, die ihr zum Vorteil gereichen, sondern wenn sie auch die Pflichten schnell erfüllt, die ihr das Parteiengesetz womöglich auferlegt.

Der zweite Einwand ist eine höchst problematische Geschichte. Wenn man ihm folgt, dann ist jeder Beschluß dieses Parteitags, ganz gleich, worum es sich handelt, ungültig, aber nicht nur dieses, sondern aller zurückliegenden Parteitage. Dann kommen Sie, Herr Even, in die Quadratur des Kreises, weil Sie diese Satzung überhaupt nicht mehr ändern können; (*Even:* Sie sind doch nie angefochten worden!) denn auf der Grundlage der gegenwärtig geltenden Satzung haben die Delegierten der Exil-CDU und von Oder/Neiße ihr Stimmrecht. Eine Abstimmung, in der man sie, solange die jetzige Satzung gilt, ausschließt, könnte ebenso angefochten werden, weil sie nicht satzungsgemäß ist. Diese Satzung liegt bisher so vor; sie wird erst dann abgeändert, wenn es dafür eine Mehrheit geben wird.

Barzel: Herr Meyers!

Meyers: Ich halte die Auffassung von Herrn Kraske für richtig, was das geltende Recht angeht. Ich halte es aber nicht für sehr schön, daß hier in dem vorliegenden Entwurf der Satzung schon steht, daß drei Paragraphen geändert werden müssen, wenn das Parteiengesetz so, wie es jetzt im Entwurf vorliegt, verabschiedet wird. Es sind die Paragraphen, die auf das von Herrn Even angesprochene Problem hinauslaufen.

Wenn ich jetzt noch einmal verdeutlichen darf, was eben Herr Grundmann hier gesagt hat, (*Zurufe:* Sehr richtig!) so war bei uns die Meinung:

1. Das Parteiengesetz ist gewissermaßen die gesetzliche Grundlage für die künftige Satzung. Hier haben wir schon im Entwurf drei Änderungen vorgesehen. Vielleicht müssen wir noch mehr ändern, wenn das Parteiengesetz bis zum Ende der dritten Lesung geändert wird.

2. Das Präsidium und der Bundesvorstand sind zweifellos bis 1968 gewählt. Wenn also nicht feststeht, daß sämtliche Präsidiumsmitglieder und Vorstandsmitglieder bereit sind zurückzutreten, dann haben wir unangenehme Auseinandersetzungen über die Rechtslage zu erwarten, wenn wir jetzt einen neuen Vorstand wählen und nicht sagen, er ist erst von 1968 ab im Amt.

Dann ist es aber sehr unschön, ihn jetzt zu wählen, wenn er erst 1968 im Amte wäre. Das sage ich nicht ohne Anlaß. Ich habe von Mitgliedern des Präsidiums gehört, daß sie nicht bereit seien, zunächst einmal niederzulegen. Das hat Herr Lücke mir erklärt. Er ist nicht da. Ich sage es aber deswegen, damit ich hier nicht irgendwelche anderen in Verdacht bringe. Er hat mir gesagt, er wolle wissen, wohin die Reise geht. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Schließlich haben unsere Delegierten noch gesagt, der Generalsekretär, von dem Sie sprechen, der von der Jungen Union in die Diskussion geworfen und vom

Rheinischen Parteitag beschlossen worden sei, sei etwas ganz anderes gewesen als das, was jetzt im Entwurf stehe. Die Sache ist so, wenn Sie den Entwurf verwirklichen wollen, dann können Sie auch den jetzigen Zustand lassen mit dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied. Das hat Herr Heck tadellos gemacht. Das wird jeder mir zugeben, insbesondere wenn man an die Fernsehdiskussion mit Wehner und Mende nach den letzten Landtagswahlkämpfen denkt.¹⁴

Es ist ein völliger Unsinn, wenn es heißt, irgendetwas sei gegen Herrn Heck oder gegen Herrn Kiesinger gemeint; im Gegenteil, ich bin mit Herrn Heck so freundschaftlich verbunden wie kaum mit einem anderen Mitglied dieses Vorstands, außer der rheinischen und westfälischen CDU. (*Heiterkeit.*) Mit dem Generalsekretär ist es doch so wie bei Eltern, die ein Kind bekommen und sich vorstellen, daß es etwas ganz Bestimmtes wird im Leben, aber nachher doch etwas anderes wird. (*Anhaltende Unruhe.*) So ist es auch mit anderen Vorstandsmitgliedern gegangen. Herr Hauser¹⁵ von Godesberg hat mir erklärt, sie würden für ihr „Kind“ kämpfen. Das ist also die Diskussion, die entstehen wird.

Aus all diesen Gründen haben wir gesagt, es ist besser, die Sache unten auszudiskutieren und denjenigen zu wählen, der zweifellos mit Legitimation und Rechtskraft gewählt werden kann, nämlich den 1. Vorsitzenden. Dann hat aber Herr Erhard zu erkennen gegeben, daß er sein Amt niederlegen will. Das sind die Gründe gewesen, die unserem Beschluß zugrunde lagen. Wichtig ist, was Herr Grundmann gesagt hat, daß wir keineswegs den Auftrag haben, einen Antrag zu stellen, sondern den Auftrag, Ihnen diese Bedenken vorzutragen und zur Diskussion zu stellen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Barzel: Das Wort hat Herr von Heydebreck.

Von Heydebreck: Ich will eine Frage stellen, die Herr Meyers angeschnitten hat. Es wird gefragt werden, was ändert sich in der Funktion des Generalsekretärs, wenn er nicht hauptamtlich ist, gegenüber dem bisherigen Geschäftsführenden Präsidialmitglied? Diese Antwort müssen Sie dem Parteitag geben; sonst wird das sehr deutlich gesagt werden. Das weiß ich aus unzähligen Gesprächen.

Barzel: Herr Lemmer!

Lemmer: Ich habe nur zu einem Punkt etwas zu sagen. Ich möchte es lieber hier sagen als im Plenum des Parteitags, und zwar zu dem, was Herr Kollege Even vorgetragen hat. Die CDU ist entstanden aus der Interzonalen Arbeitsgemeinschaft. Die Gründung war im Februar 1947.¹⁶ Bei der Konstituierung in Goslar¹⁷ hat Dr. Konrad Adenauer großzügig, wie ich zugeben muß, sich auf den Standpunkt gestellt: Die Exil-CDU

14 Interview von Günter Müggenburg in der ARD am 23. April 1967 zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, vgl. BPA-Mitschrift vom 23. April 1967.

15 Alo (Aloysius) Hauser (1930–1997), Jurist; 1956–1972 Stadtverordneter in Bonn (CDU), 1956–1961 Mitglied im Kreistag Bonn-Land, 1958–1965 MdL Nordrhein-Westfalen, 1963–1970 Vorsitzender des KV Bonn-Bad Godesberg, 1970–1992 Vorsitzender des KV Bonn.

16 Vgl. Brigitte KAFF (Bearb.): Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenz der Landesvorsitzenden. Düsseldorf 1989.

17 Erster Parteitag der CDU am 20.–22. Oktober 1950.

vertritt den Teil Deutschlands – jetzt sprechen wir immer vom Alleinvertretungsrecht –, der hier nicht bei uns sein kann. Infolgedessen handelt es sich nicht darum, unter dem Gesichtspunkt einer Doppelmitgliedschaft das Problem der Exil-CDU zu sehen, sondern hier mit einem Minimum an Traditionsgefühl dafür einzutreten, daß wir in der Besatzungszone unter Einsatz von Freiheit und Leben die CDU vertreten haben, wobei zweimal die beiden Vorsitzenden durch die Besatzungsmächte abgesetzt worden sind, Andreas Hermes¹⁸, Walther Schreiber¹⁹, Jakob Kaiser und ich.

Nun bin ich hier aufs tiefste, aufs allertiefste enttäuscht. Vielleicht liegt es daran, daß kaum einer von den Freunden, die hier sind, dieses Erlebnis mit mir geteilt hat, wie wir es in den Jahren 1947 und 1950 gehabt haben.

Ich hätte auch zu anderen Punkten unter dem Gesichtspunkt meiner Person noch etwas zu sagen, aber ich verzichte darauf. Wenn Sie mich jetzt nicht verstanden haben, werden Sie mich auch nicht verstehen, wenn ich noch länger rede.

Barzel: Kollege Lemmer, wir danken Ihnen alle für diese Intervention. Darf ich in Erinnerung rufen, daß ursprünglich vorgesehen war, wegen der rechtlichen Bestimmungen des Parteiengesetzes die Frage des Stimmrechtes der Exil-CDU schon jetzt mit in der Satzung zu regeln, daß wir aber alle über folgendes im klaren waren, daß das politische Pfand, welches die Tatsache darstellt, daß die Exil-CDU besteht aus den frei und geheim gewählten Delegierten des letzten freien Parteitags der Union der Zone, nicht verlorengelassen dürfe, und daß deshalb diese Frage erst dann, wenn es wirklich brennt, rechtlich entschieden werden sollte. So hatten wir damals votiert. Nach der Einlassung von Herrn Kraske vorhin zu den Dingen, die er eben dankenswerterweise vorgetragen hat, nämlich zu warnen vor irgendeiner Situation, die kommen würde, können wir jetzt wohl diesen Punkt verlassen und wieder zurückkehren zu der Frage des Generalsekretärs. – Dazu hat das Wort Herr Kohl.

Kohl: Herr Vorsitzender, bevor wir weiterdebattieren, muß doch geprüft werden, was Herr Meyers gesagt hat. Denn das wäre praktisch die Geschäftsgrundlage. Ich habe jetzt auch erst mein eigenes Gedächtnis geprüft. Es ist meines Wissens nie gesagt worden, daß das ganze Präsidium zurücktritt. Vielleicht habe ich es überhört in einer früheren Sitzung. Das muß natürlich jetzt als erstes festgestellt werden; denn wir brauchen

18 Andreas Hermes (1878–1964), Verbandspräsident; 1920–1922 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und 1921–1923 für Finanzen, 1928–1933 MdR (Zentrum), 1928–1933 Präsident des Reichsverbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) und der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, 1936–1939 Wirtschaftsberater in Kolumbien, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und am 12. Januar 1945 zum Tode verurteilt, 1945 Mitgründer und 1. Vorsitzender der CDU in Berlin und der SBZ, 1947–1949 MdWR, 1947–1954 Präsident des Deutschen Bauerverbandes, 1947–1961 Präsident des Raiffeisenverbandes. Vgl. Rudolf MORSEY: Andreas Hermes. Ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten deutschen Demokratie, in: HPM 10 (2003) S. 129–149.

19 Dr. Walther Schreiber (1884–1958), Jurist; 1919–1933 MdL Preußen (DDP), 1925–1933 preußischer Minister für Handel und Gewerbe, 1945 Mitgründer und 2. Vorsitzender der CDU in Berlin und der SBZ, 1947–1952 Vorsitzender des LV Berlin, 1951–1958 Mda, 1953/54 Regierender Bürgermeister. Vgl. LEXIKON S. 360f.

uns nicht über eine Sache zu unterhalten, wenn der Einspruch kommt. Wir wollen doch nicht vor die Gerichte gehen. Das macht ja im Augenblick eine andere politische Gruppierung.²⁰ Das ist ja unmöglich!

Man muß jetzt genau in diesem Augenblick prüfen, ob das Präsidium zurücktritt. Es war damals wohl von Ihnen, Herr Kollege Barzel, eine Empfehlung, so zu verfahren, und zwar gilt das für alle Mitglieder; nicht daß wir in die unmögliche Lage kommen, daß ein Einspruch von einer solchen Seite kommt. Ich höre das eben zum erstenmal. Das muß jetzt gleich geklärt werden. Denn sonst können wir uns die Debatte ersparen. (*Burgbacher*: Das gilt auch für den Bundesvorstand!) Natürlich!

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich habe Anlaß, davon auszugehen, daß alle Mitglieder des Parteipräsidiums nicht die Absicht haben, ihre Amtszeit – darf ich es einmal so sagen – auszusitzen, sondern der Neuordnung, die jetzt vom Präsidium her kommt, nicht im Wege zu stehen. Das ist das, was ich weiß und was auch im Protokoll der Präsidiumssitzung dargetan ist. (*Stingl*: Es wurde konkret ein Name genannt!) – Dazu Herr Kraske!

Kraske: Herr Lücke hat auf einer Präsidiumssitzung, die etwa vier bis sechs Wochen zurückliegt²¹, erklärt, es würde gelegentlich draußen von dem einen oder anderen Präsidiumsmitglied behauptet, es klebe an seinem Sessel und wolle nicht zurücktreten. Dies sei völlig falsch, aber er gebe hiermit ausdrücklich zu Protokoll – und das ist in der Sitzung auch protokolliert worden –, daß dieses Präsidium ein Mandat habe für zwei Jahre, so daß es gar nicht das Recht habe, sich diesem Mandat und der sich daraus ergebenden Verantwortung zu entziehen, bevor es nicht wisse, wohin die Reise gehe.

Nach dieser Erklärung, Herr Dr. Meyers, ist im Präsidium mehrfach in Gegenwart von Herrn Bundesminister Lücke über alle diese Satzungsvorschläge und über neue Personalvorschläge gesprochen worden. Ich habe das so verstanden, daß hier eine Erklärung vorliegt, daß mit der Behandlung dieser Satzung und der sich daraus ergebenden Personalvorschläge diese Erklärung von Herrn Lücke erfüllt ist und nun feststünde, wohin die Reise gehe. Das letzte bin ich natürlich nicht befugt, in seinem Namen zu sagen, aber das erste ist eine genaue Schilderung seiner Einlassung vor dem Präsidium. (*Meyers*: Er hat ganz genau denselben Ausdruck auch bei uns gewählt: Wohin die Reise gehe.)

²⁰ Am 5. Februar 1967 ließ sich Adolf von Thadden zum Parteivorsitzenden der niedersächsischen NPD wählen. Im Einvernehmen mit dem Bundesvorsitzenden Thielen wurde diese Wahl erfolgreich vor Gericht angefochten. Daraufhin schloß Thielen von Thadden und seine Parteigänger aus der Partei aus, der Bremische Landesverband, dem Thielen angehörte und der von Thadden nahestand, schloß wiederum Thielen aus. Am 11. März wurden von Vorstand und Präsidium der Bundespartei sämtliche Ausschlüsse für ungültig erklärt, Thielen jedoch seines Amtes enthoben. Dagegen klagte Thielen und bekam recht. Nun verständigte sich der Parteivorstand auf einen „Burgfrieden“ bis zu einem für Mai geplanten außerordentlichen Parteitag, der jedoch im Mai nicht mehr zustande kam, vgl. Horst W. SCHMOLLINGER: Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss S. 1945.

²¹ Protokoll der 24. Sitzung des Präsidiums der CDU am 3. Februar 1967, vgl. ACDP 07–001–053/1.

Barzel: Aber er hat doch hier mitgewirkt in der Kommission, die dieses Papier ausgearbeitet hat. (*Starke Unruhe.*) – Zu dieser Frage Herr Blank!

Blank: Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Debatte zwingt mich – ich hätte das gerne vermieden –, eine persönliche Erklärung abzugeben, aber gleichzeitig auch einen Diskussionsbeitrag zu leisten. Ich bin überrascht über das, was mein Freund Meyers gesagt hat, aber ich habe gar keine Ursache, an seinen Worten zu zweifeln. Ich bin unfreiwillig Gegenstand einer solchen Betrachtung in der Öffentlichkeit geworden, gegen die ich mich damals in Berlin gewehrt habe. Ich gebe aus meinem Gedächtnis wieder: Der Kollege Lücke hat, als Barzel – was ich gerügt habe damals in der Präsidialsitzung – seine Erklärung abgegeben hatte für sich, er würde zurücktreten, (*Barzel:* Zuerst im Präsidium!) – das ist ja Ihr gutes Recht – gerügt, daß Sie diese Erklärung abgegeben haben, ohne mit uns zu sprechen; denn damit hätten sie uns ja als Kollegen doch immerhin in eine Lage gebracht, nun nachziehen zu müssen. Aber ich wollte mich dem Vorwurf nicht aussetzen, am Pöstchen zu kleben. Da hat Herr Kollege Lücke erklärt – und das kann ich ganz genau wiedergeben –, er dächte nicht daran, zurückzutreten, bevor er nicht wisse, wohin die Reise ginge. (*Zuruf:* Was heißt, wohin die Reise geht?) Das frage ich mich ja. Ich muß das so auffassen, meine Herren – und ich bin erstaunt, daß ein Jurist von den Graden meines Freundes Franz Meyers es so dartut: Wenn ich also nicht zurücktrete – ich bin ja Mitglied des Präsidiums –, dann seid ihr alle aufgeschmissen. Ist das so? (*Meyers:* Haargenau!) Gut, Franz! (*Meyers:* Haargenau, Theo!) Ich stelle hier nackt und nüchtern fest, daß das bisherige Präsidium eine sehr gute Konstruktion ist und eine sehr gute personelle Zusammensetzung hat und auch seiner ganzen Natur nach geeignet ist, sehr schnell zu arbeiten. Ich weise nur auf einen politisch höchst bedeutsamen Umstand hin; als nämlich die berühmte Frage kam, ob wir als Partei für den SPD-Brief eintreten sollten, den Brandt an Ulbricht²² schicken wollte, war es so, daß wir im Präsidium, weil wir sofort handeln konnten, die Dinge in eine völlig andere Richtung – wie sie ja inzwischen wissen – gebracht haben.

Das Präsidium erscheint nach diesen Vorschlägen wieder – ich freue mich darüber –, bis auf die Namen Amrehn und Blank. Meine Herren, wenn diese Aussage, ich trete nur zurück, den Sinn hat, aber nur dann, wenn die Wiederwahl gesichert ist, dann darf ich Sie um folgendes bitten, daß hier keine Personalentscheidungen getroffen werden, bevor nicht jeder der Beteiligten Ihnen durch seine Unterschrift die Freiheit dieses Handelns gegeben hat. Das muß ich für mich in Anspruch nehmen. (*Unruhe und Zuruf:* Wohin kommen wir da!)

22 Walter Ulbricht (1893–1973), Tischler; 1912 SPD, 1919 KPD, 1926–1928 MdL Sachsen, 1928–1933 MdR, 1933–1945 Exil, 1945 Rückkehr in die SBZ, 1946–1950 stv. Vorsitzender der SED, 1950–1953 Generalsekretär der SED, 1953–1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, 1960–1973 Staatsratsvorsitzender. Vgl. Mario FRANK: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie. Berlin 2001. – Ulbricht richtete am 7. Februar 1966 einen Offenen Brief an die Delegierten des für Juni geplanten SPD-Bundesparteitags, auf den der SPD-Bundesvorstand am 18. März antwortete, vgl. Willy BRANDT: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975. Hamburg 1976 S. 125–129; vgl. auch „Spiegel“ vom 29. Mai 1967 S. 42.

Barzel: Meine Damen und Herren! Mir scheint es leichter, die Frage ein wenig zurückzustellen; denn der Kollege Lücke muß jeden Augenblick mit dem Bundeskanzler kommen. (*Fricke:* Sie kommen gleich von ihrer Fahrt an der Zonengrenze.) Er begleitet ihn auf der Reise an der Zonengrenze, wie Herr Fricke eben deutlich gemacht hat. Mir wäre es deshalb angenehm, wenn wir die Debatte wieder auf den Generalsekretär zurückführen könnten. – Zu dieser Frage hat Herr Gurk das Wort.

Gurk: Ich habe nur eine Frage zu stellen. Präzisiert sich das Problem nur auf Lücke? Die anderen Herren sind doch hier. Ist bei den anderen Herren der Rücktritt gesichert? (*Große Heiterkeit.*)

Barzel: Ich habe vorhin gesagt, ich hätte Anlaß, mitzuteilen, daß ... Herr Katzer!

Katzer: Herr Vorsitzender, ich wollte nur sagen, das gilt also nicht nur für das Präsidium, sondern auch für den Vorstand.

Barzel: Ja, selbstverständlich. (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Amrehn!

Amrehn: Ich bin ein Mitglied des Präsidiums, das für die Wiederwahl nicht vorgesehen ist. Ich kann nur sagen, wenn es der Wille der Partei ist, die Satzung so zu ändern, wie man das hier vorgeschlagen hat, dann kann es doch im Ernst keinen führenden Mann dieser Partei geben, der sich einem solchen Satzungsbeschluß nicht unterwerfen will.

Auf der anderen Seite haben die Mitglieder des Präsidiums doch wohl die Verpflichtung, bis zu dem Augenblick im Amt zu bleiben, in dem sichergestellt ist, daß wir eine neue Satzung haben. Das sehe ich noch nicht ganz gesichert. Ich möchte das in aller Zurückhaltung und nur, weil ich jetzt das Wort ergreife, wenigstens angedeutet haben. Genauso ist völlig offen, wie die Wahlen ausgehen. Auch das muß bei dieser Gelegenheit gesagt werden. Im übrigen kann ich mich nicht zum Sprecher der anderen Mitglieder des Präsidiums machen, aber ich meine, eine Selbstverständlichkeit auszudrücken, daß sich die Mitglieder des Präsidiums dem fügen, was der Parteitag als seine neue Satzung, als seine neue Ordnung und als künftige Gestaltung der Partei haben will. (*Starke Unruhe.*)

Barzel: Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Rein juristisch ist die Sache doch so, daß mit Zweidrittelmehrheit jeder abgewählt werden kann. (*Zurufe:* Wo steht das?) Jede Satzungsänderung muß beschlossen werden ... (*Starke Unruhe und verschiedene Zurufe:* Nein, steht nirgendwo! – *Glocke des Vorsitzenden.*)

Barzel: Meine Herren, das Wort hat Herr Lemke!

Lemke: Jedenfalls kann die Satzung mit Mehrheit geändert werden. Dann haben Sie doch einen völlig neuen Tatbestand. (*Anhaltende Unruhe und Zurufe:* Nein!) Selbstverständlich ist jedes Mitglied der Satzung unterworfen. (*Anhaltende Unruhe und Zurufe:* Nein!)

Barzel: Meine Herren! Das Wort hat Herr Seeböhm.

Seeböhm: Meine lieben Freunde! Es gibt in diesem Vorstand eine Reihe von Persönlichkeiten, die sogenannte geborene Mitglieder sind. Wir könnten natürlich sagen, die geborenen Mitglieder sind auch für zwei Jahre da für die Dauer ihrer Amtsperiode in

diesem Gremium. Aber es ist doch selbstverständlich – ich unterstütze das, was Freund Amrehn gesagt hat –, daß, wenn wir die Satzung ändern, alle diese Dinge entfallen, so daß die seinerzeit gewählten Mitglieder nicht sagen können, sie wären anderer Natur als die sogenannten geborenen Mitglieder. Auch in Zukunft haben wir geborene Mitglieder. Das muß man also sehen.

Ich bin der Meinung, wenn der Parteitag die Satzungen ändert – und darüber sollte man sich unterhalten –, dann tritt das ganze Präsidium automatisch zurück. In diesem Sinne haben wir ja im Vorstand gearbeitet. Wir haben eine Stichwahl zwischen Herrn Lücke und Herrn Blank sogar vorgenommen, was bedeutet, daß Herr Lücke bereit war, sich dieser Stichwahl zu unterziehen und nicht dagegen zu opponieren.

Im übrigen möchte ich noch einmal meinen Appell wiederholen, daß wir in Niedersachsen in 14 Tagen Wahlen haben, und daß diese Situation hier an der Zonengrenze, verehrter Freund Even, dazu führen müßte, daß alle die Leute, die diesen Unsinn gesagt haben, dies unbedingt unterlassen sollen. Wir können es uns an der Zonengrenze nicht leisten, unsere Freunde der Exil-CDU und der Oder/Neiße in eine schwierige Situation zu bringen, die uns bei den Wahlen sehr schädlich sein kann.

Wir haben uns im vorigen Jahr vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen auf dem Parteitag in Düsseldorf alle Mühe gegeben, jede Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen und keine Differenzen zu haben. Ich bitte sehr herzlich unsere Freunde vom Rheinland, daß sie unsere Situation von heute anerkennen und wir zu einer einheitlichen und gemeinsamen Linie zurückfinden. Wir können in der Partei doch über die Satzungsänderungen abstimmen, ohne daß das Schwierigkeiten macht. Der Parteitag ist autonom und kann entscheiden, ob wir nun die Sache so oder so gestaltet haben.

Ich halte es für unglücklich, auch mit Rücksicht auf unsere Wahl, wenn die ganze Presse übermorgen über uns herfällt und sagt: Diese CDU hat in langen Sitzungen und vielen Presseveröffentlichungen – weiß der Teufel, woher sie gekommen sind – sich zu diesen Satzungsänderungen geäußert. Sie hat sogar Namen genannt. Und nun sagt sie auf einmal, wir vertagen das alles. Das schafft auch für unseren Wahlkampf eine miserable Situation. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich möchte das ganz deutlich gesagt haben.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, ich habe vorhin gesagt, wir müssen zügig verhandeln. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie mir erlauben würden, diesen Punkt jetzt zu verlassen, weil der nicht streitig ist. – Herr Burgbacher!

Burgbacher: Da ich in der gleichen Lage bin wie unser Freund Amrehn, d. h. diesem Präsidium anzugehören und nach der unerforschlichen Weisheit der Landesvorsitzenden nicht wieder aufgestellt zu sein, möchte ich trotzdem erklären, daß ich selbstverständlich das Amt zur Verfügung stelle und keinerlei Einreden mache, aber, wenn erforderlich, mich zur Wiederwahl stelle.

Barzel: Meine Damen und Herren, dann können wir diesen Punkt verlassen und wieder zur Debatte über den Generalsekretär zurückkehren. – Das Wort hat Herr Vogel.

Vogel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir können wohl alle nicht wünschen, daß die Diskussion auf dem Parteitag so verläuft, wie sie hier angelaufen ist. Wir können auch die Satzungsdebatte nicht vertagen. Die Dinge sind bisher sehr weit

angelaufen. Sonst würde die CDU mit einem sehr ramponierten Ansehen aus dieser Sache hervorgehen. Wir werden nicht darum herumkommen, die noch bestehenden kontroversen Punkte, insbesondere über den Generalsekretär, auf dem Parteitag zu entscheiden.

Hier gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten, insbesondere bei der Frage, hauptamtlich oder nicht. Niemand ist heute hier in der Lage zu sagen, wie diese Entscheidung auf dem Parteitag ausgehen wird. Wir haben uns nur für eine der möglichen Entscheidungen auf dem Parteitag bisher präpariert. Das ist eine Situation, die die ganze Geschichte erschwert. Wir sollten davon ausgehen, daß auf dem Parteitag der Antrag auf Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs kommen wird. Es wäre schlecht, wenn nach einer Entscheidung eine Ratlosigkeit entstünde: Was nun? Ich darf hier zum wiederholten Male sagen, daß die Führungsgremien der Jungen Union diese Frage beraten und sich für die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs ausgesprochen haben. Es besteht der Auftrag an den zur Zeit amtierenden Bundesvorsitzenden der Jungen Union, diesen Antrag auf dem Parteitag zu stellen.

Es gibt noch zwei andere kontroverse Punkte, wobei mir der eine klargeworden ist, nämlich die Frage des Vorschlagsrechts des Vorsitzenden plus Kollisionsklausel. Das ist eine Frage, die besonders stark bei unseren rheinischen Freunden diskutiert worden ist, aber auch in einigen anderen Landesverbänden. Hierzu gibt es bisher eine Stellungnahme der Jungen Union nicht, weil die Führungsgremien der Jungen Union darüber nicht beraten haben. Ich meine, das wäre eine Frage, die nicht das Gewicht hat, welches man ihr in den Diskussionen beilegt.

Die weitere Frage ist die der Kompetenzen des Generalsekretärs, wobei ich hier sagen muß, daß von den ursprünglichen Vorschlägen keinerlei Abstriche an den Kompetenzen des Generalsekretärs in der Satzung vorgenommen worden sind. Konkrete Vorstellungen darüber, wie diese Kompetenzen ausgeweitet werden sollen, sind mir bisher nicht bekannt. Auch darüber müßte gesprochen werden. Ich bin der Meinung, daß ein hauptamtlicher Generalsekretär mit den Kompetenzen, die die Satzung nach Ihrem Entwurf vorsieht, in der Lage ist, wirksam seine Aufgabe in der Partei zu erfüllen.

Nach meiner Auffassung reduziert sich das Problem im wesentlichen auf die Frage: hauptamtlich oder nicht? Diese Frage muß auf dem Parteitag diskutiert und entschieden werden.

Barzel: Meine Damen und Herren! Es ist wichtig, Herr Vogel, daß dieses Führungsgremium nicht ins Ungewisse marschiert und in Kenntnis der Stimmung aufgrund der Anträge, die zu erwarten sind, eine Verdichtung der Meinungsbildung vornimmt, damit wir nicht am Dienstagnachmittag um 17.00 Uhr hier eine Überraschung erleben, die am Schluß durch eine Beschlußfassung über die Satzung viele andere Überlegungen plötzlich fraglich machen könnte. Deshalb müssen wir uns hier in dieser Frage ein bißchen verdichten, ohne daß wir damit die Hoffnung haben – je nachdem, wie das hier ausgeht –, daß dies auf dem Parteitag keine Rolle mehr spielen wird. – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Herr Vorsitzender, wenn wir den Generalsekretär schaffen nur dem Namen nach, d. h., daß er praktisch die Funktion des früheren Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes hat, dann bin ich der Meinung, daß wir hier keine riesige Fleißübung veranstalten sollten; ohne daß ich damit jetzt die Persönlichkeit unseres Freundes Heck ansprechen möchte, sondern nur die Funktion.

Es hat der Wunsch bestanden nicht nur bei der Jungen Union, sondern auch bei einer Reihe von Landesverbänden – ich spreche hier für den Landesverband Hamburg –, einen Generalsekretär zu schaffen, damit die Partei daraus Nutzen zieht, damit wir etwas anderes haben als ein umbenanntes Bundeskabinett zu einem CDU-Kabinett, das gleichzeitig nebenamtlich und ehrenamtlich die Parteigeschäfte in der Spitze führt. Wenn es also dieser Partei ernst ist mit ihren Reformbestrebungen, dann muß konsequenterweise der hauptamtliche Generalsekretär geschaffen werden. Darüber gibt es nach meiner Meinung überhaupt keine Meinungsverschiedenheit.

Es ist gesagt worden, der Generalsekretär müsse einem allgemeinen bundesdeutschen Empfinden entsprechend das Ansehen eines Bundesministers haben, sonst würde er bei den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden nicht ankommen; mit anderen Worten, wenn er nicht mit einem Mercedes 250 und einem Ministerstander zu seinen Parteifreunden kommt, dann hat sein Wort nicht das nötige Gewicht. Ich halte das für eine vordergründige und falsche Darstellung der Loyalität der Mitglieder unserer Landes- und Kreisverbände gegenüber einer führungswilligen und führungskräftigen Spitze auf der Bundesebene.

Ich bin der Auffassung, daß in der Tat der Bundesparteivorsitzende ein Vertrauensverhältnis zum Generalsekretär haben muß, daß es aber nicht so sein darf, daß der Generalsekretär gleichzeitig der Zucht der Regierungsmannschaft und damit dem Weisungsrecht des Bundeskanzlers direkt oder indirekt unterliegt, d. h. er muß eine parteilich gesehen unabhängige Position haben, aus der heraus er zum Wohl der Gesamtpartei tätig werden kann; d. h. nicht gegen den Parteivorsitzenden, sondern mit dem Parteivorsitzenden.

Ich war einige Wochen in Amerika. Jetzt lese ich in den Nachrichten, daß der Bundesparteivorsitzende gesagt haben soll oder gesagt hat: Es muß ein Mitglied des Kabinetts sein. Herr Heck soll gesagt haben: Ich wünsche nicht ein starker-schwacher oder schwacher-starker Mann der Partei zu sein. Deswegen wünsche ich, im Kabinett zu verbleiben.²³ – Nun meine ich, über diese Frage muß jetzt entschieden werden.

(Bundeskanzler Dr. Kiesinger, Bundesminister Lücke und Minister Langeheine erscheinen, mit lebhaften Beifall begrüßt.)

Barzel: Meine Damen und Herren! Wir haben die Intervention des Kollegen Blumenfeld unterbrochen, um den Herrn Bundeskanzler sehr herzlich zu begrüßen sowie die Kollegen Lücke und Langeheine, dem wir schon jetzt alles Gute für die Wahl in Niedersachsen wünschen. Wir hoffen, daß sich unsere Anwesenheit hier sehr hilfreich für ihn auswirken möge.

²³ Vgl. „Spiegel“ vom 22. Mai 1967 S. 42.

Wir sind, Herr Bundeskanzler, in der Debatte über die Satzung beim Punkt Generalsekretär, hauptamtlich oder nicht; eine Frage, die bekannt ist. Wir wollen sie hier ein bißchen erörtern, um eine Vormeinungsbildung zu haben für den Parteiausschuß und für den Parteitag, weil wir davon ausgehen müssen, daß auf dem Parteitag auf jeden Fall die Frage noch eine Rolle spielen wird. Es ist gut, wenn wir wissen, wohin ungefähr die Meinungsbildung dieses Führungsgremiums geht. Herr Blumenfeld hatte das Wort. Ich bitte ihn, nunmehr fortzufahren.

Blumenfeld: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich den Herrn Bundesparteivorsitzenden nicht ansprechen kann, weil ich durch die Säule hier von ihm getrennt bin. Aber ich kann das jetzt zusammenfassen, Herr Vorsitzender. Mir scheint es wichtig zu sein, daß dieses Gremium noch einmal aus dem Munde des Herrn Bundeskanzler erfährt, ob er es für absolut notwendig hält, daß die Position eines neu zu schaffenden Generalsekretärs wirklich verbunden sein muß mit der Position eines Kabinettsmitgliedes.

Ich bitte Herrn Kollegen Heck, uns noch einmal klarzumachen, wie seine persönliche Auffassung zu dieser Sache ist, weil ich sie bisher nur aus den Zeitungen erfahren habe. Wenn seine Meinung die ist, die wir gelesen haben, dann erhebt sich die Frage, wenn wir grundsätzlich einen Generalsekretär wollen, ob jemand anders dafür zur Verfügung steht und ob der Bundesparteivorsitzende auch eine andere Persönlichkeit für die Position des Generalsekretärs vorzuschlagen hat.

Barzel: Das Wort hat Herr Stecker.

Stecker: Ich bin der Meinung, im Gegensatz zu Herrn Blumenfeld, daß wir gut beraten sind, wenn wir uns hier nicht festlegen in der Satzung, was wir auch beschlossen haben. Es ist nicht so, daß wir sagen, wir wollen in der Satzung festlegen, der Generalsekretär muß Mitglied des Kabinetts sein, sondern wir machen uns nur selbst Schwierigkeiten, und wir tun so, als wenn wir mit solchen Satzungsbestimmungen Politik machen könnten.

Ich sage das auch, weil ich Angehöriger des Landesverbands Hannover bin. Wir sollten uns hier nicht festlegen. Lieber Blumenfeld, wenn Du sagst, dann hätten wir gar nichts zu ändern brauchen, so muß ich erklären, ich bin nicht der Erfinder dieses Generalsekretärs, sondern das kommt vom Rheinland her. (*Meyers:* Nicht nur!) Ich kann nur sagen, wenn wir das tun, was Blumenfeld will, dann brauchen wir auch nichts zu ändern, dann könnten wir doch nur die Funktion des Geschäftsführers ändern. Wir haben doch einen Geschäftsführer, der sich hauptamtlich mit der Partei befaßt.

Ich meine also, wir wären gut beraten, wenn wir noch einmal von diesem Vorstand aus ganz eindeutig und klar uns dazu bekennen, daß wir uns nicht in dieser Weise festlegen. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß es nun einmal in Deutschland so ist, daß das Amt eines Ministers das Tätigkeitsfeld eines Generalsekretärs für die Partei wesentlich verbessert. Die Informationsmöglichkeiten sind besser, und auch manche andere Hebel sind leichter zu bedienen. Wir machen uns doch sonst selbst etwas vor. Ich bin selbst sehr stark in der Partei tätig, und ich weiß, wie das draußen ist. Man erleichtert sich manches, wenn man über eine solche Position verfügt. Aus diese Gründen sollten wir noch einmal unsere Haltung dazu bekräftigen.

Barzel: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Wenn ich meine Meinung darlegen soll, so ist es die: Ich bin auch der Meinung, Sie sollten sich nicht festlegen. Dieses ganze Amt des Generalsekretärs ist ein wenig abstrakt erdacht worden, als eine Art Wunderwaffe, die nun der CDU wer weiß wozu helfen soll.

Wir, die wir Erfahrungen haben über das Auf und Ab der CDU, wissen genau, um was es geht. Wir brauchen einen Mann, der sich auskennt in den großen organisatorischen Aufgaben, die zu erledigen sind. Und wenn der Generalsekretär richtig gedacht ist, so soll er keine selbständige Politik machen, aber doch ein Mann sein, der sehr nahe den politischen Entscheidungen lebt. Wenn Sie sich das praktisch vorstellen, dann nehmen Sie einmal Herrn Dr. Heck als Beispiel. Wäre er nicht Kabinettsmitglied, dann würde seine und meine Arbeitslast ganz sicher größer sein. Ist er im Kabinett, ohne daß er ein Ressort hat, das ihn zu sehr belastet, dann ist er ständig in den politischen Dingen drin. Er hat auch ständig Fühlung mit dem Bundeskanzler, der ja zugleich als Parteivor-sitzender gedacht ist, so wie es bisher war.

In den letzten Wochen konnte ich jedesmal, wenn eine kritische Situation entstand – und diese kritischen Situationen entstehen in der Großen Koalition natürlich sehr oft –, mich darauf verlassen, ich habe ihn in der Nähe, er weiß bereits Bescheid, er hat die Dinge ja miterlebt; wir können sie – wie im Beispiel dieses Briefs an die SED, als die SPD diese Aktion an uns vorbei beschlossen hatte – einigermaßen schnell bewältigen. Ich habe den Fraktionsvorsitzenden da. Ich habe diesen Generalsekretär da. Das kann man einfach nicht abstrakt entscheiden.

Ein anderes Mal liegen die Dinge eben anders. Warum sich die Hände binden? Warum nicht einfach sagen, wir machen einen Generalsekretär. Jetzt schauen wir auf die Posten. Sie haben alle gesehen, wie sich Dr. Heck im letzten Jahre insbesondere mit großem Geschick eingesetzt hat in recht kritischen Situationen, auch vor der Öffentlichkeit, im Fernsehen usw. Nehmen wir die Entscheidung so, daß wir es auf den Mann abstellen. Das nächste Mal mag's anders sein. Dann machen wir es das nächste Mal auch anders. Dann hat man sich die Freiheit vorbehalten.

Es ist zuviel Dogmatismus noch immer in unserer Partei. Ich habe das ja so viele Jahre erlebt. Diese dogmatischen Selbstbindungen sind immer schädlich. Wenn Sie es nicht wollen, dann sagen Sie: In diesem Fall machen wir es eben nicht. – Ich würde das für falsch halten. Aber wozu sollen wir in die Satzung eine solche Bestimmung hineinschreiben? Man wird mir antworten: Das gibt Schwierigkeiten auf dem Parteitag. Die Leute haben sich nun einmal in den Gedanken verbissen, daß der Generalsekretär hauptamtlich sein soll. – Dann muß man eben dem Parteitag das erklären. Wozu diese Scheu vor einer solchen Sache? Dann muß man eben sagen, warum in diesem Falle das die richtige Entscheidung ist. Denken Sie auch daran, daß in diesem Kabinett der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei sitzt, daß Herr Wehner darin sitzt.²⁴ Warum

²⁴ Außenminister Willy Brandt war seit 1964 SPD-Vorsitzender, Herbert Wehner Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und seit 1958 stv. SPD-Vorsitzender.

sollte nicht auch unser Generalsekretär darin sein? Das würde bei vielen schwierigen Beratungen ein bißchen mehr Gewicht geben.

Also ich rate zu einer pragmatischen Lösung. Es ist ja bekannt – das tut keinem der Parteifreunde Abbruch, die bereit wären, sich für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen –, daß ich glaube, mit Dr. Heck gut zusammenarbeiten zu können. Es soll sich niemand denken, ich wäre bereit, den Parteivorsitz zu übernehmen – für den Ehrenvorsitzenden würde ja sowieso kein Platz sein – und dann sozusagen als eine stumme untätige Figur da oben zu sitzen. Diejenigen, die sich das vorstellen, müßte ich enttäuschen. Ich bin sehr entschlossen, auch die Parteiarbeit ernst zu nehmen, nur ist es klar, daß ich dazu jemanden brauche, mit dem ich ganz eng zusammenarbeiten kann.

Sie wissen, ich bin lange genug in dieser Parteiarbeit gewesen, eigentlich von jenem merkwürdigen Tag in Goslar des Jahres 1950 an.²⁵ Dort bin ich hineingekommen in den ersten Geschäftsführenden Vorstand und gehörte ihm dann lange Jahre an. Unter Konrad Adenauer – meinen Respekt für ihn kennen Sie wahrhaftig – war es so: Wir waren existent, solange ein Bundestagswahlkampf bevorstand oder dauerte. Dann bekamen wir Postkarten, freundliche Briefe, Telefonanrufe und wurden ermahnt, unsere Pflicht zu tun. Wenn der Wahlkampf vorbei war, waren wir nicht mehr existent oder wir glaubten es. Jedesmal kamen wir mit geschwellter Brust an, fanden aber keinen Einlaß. Das war seine Methode. Das wäre nicht die meine. Ich bin überzeugt, das hat unserer Partei nicht gutgetan. Wir mußten uns zu sehr auf Konrad Adenauer verlassen. Ich lese jetzt immer in der Zeitung, die CDU kehre wieder dahin zurück, wo sie war. Sie verlasse sich wieder auf eine Wahllokomotive.

Meine Damen und Herren! Ich bin ganz froh, wenn ich für die CDU etwas einbringen kann und wenn die Leute mich mögen und mir vertrauen, aber ich will keine Wahllokomotive sein, sondern ein Bundeskanzler, und wenn Sie mich dazu wählen, auch ein Parteivorsitzender, der weiß, welche Verantwortung er damit übernimmt. Darum ist es wichtig, daß er die Möglichkeit hat, Einfluß zu nehmen auf die Auswahl des Mannes, mit dem er dann ernsthaft zusammenwirken will; denn wir haben es nötig. Diese Partei hat gezeigt, daß es notwendig ist, daß sie in Form gebracht werden muß.

Das ist die Lage, wie ich sie sehe. Ich bitte Sie inständig, wirken Sie als Führungsgremium auf den Parteiausschuß und auf den Bundesparteitag ein, daß nicht verkrustete, abstrakte Vorstellungen sich durchsetzen.

Barzel: Das Wort hat Herr Meyers.

Meyers: Ich gehöre nicht zu den Erfindern des Generalsekretärs, da aber der Erfinder nicht hier ist, will ich Ihnen sagen, wie es dazu aus der historischen Stunde heraus gekommen ist. Man wollte eine Institution schaffen, die einzig und allein mit voller Kraft für die Partei da ist. Das war der Grund dafür, daß die Junge Union diesen Beschluß gefaßt hat, der von der Rheinischen Partei akzeptiert worden ist. Das hat nichts mit einer Person zu tun. Ich habe das eben, als Sie noch nicht da waren, Herr Kollege Heck, er-

²⁵ Kiesinger war mit zwar knapper Mehrheit als geschäftsführendes Vorstandsmitglied gewählt worden, nahm die Wahl aber nicht an (vgl. PROTOKOLLE 1 S. XI f.).

klärt und gesagt, daß ich wenige Freunde im Vorstand habe, mit denen ich so gut auskomme wie mit Ihnen. Ich habe hervorgehoben, wie großartig Herr Heck das beispielsweise nach den letzten Landtagwahlkämpfen gemacht hat; wie er z. B. im Verhältnis zu Wehner und Mende weitaus die beste Figur im Fernsehen abgegeben hat.

Die entscheidende Frage hat Herr von Heydebreck eben gestellt: Was ändert sich denn gegenüber dem jetzigen Zustand? Wenn der jetzige Zustand, der, was Heck angeht, gut ist, geändert wird, dann müßte er doch anders und besser werden. Darum ist die Frage von Herrn von Heydebreck leider noch nicht beantwortet: Was ändert sich denn gegenüber dem jetzigen Zustand? – Das müßte zuerst geklärt werden, damit man die Frage überhaupt entscheiden kann.

Barzel: Darf ich versuchen, die Frage ein bißchen zu beantworten, die Herr Meyers von Herrn von Heydebreck aufgenommen hat? Wenn man sich die Satzung ansieht und feststellt, welche Kompetenzen für den Generalsekretär neu geschaffen werden, dann ist das eine ganze Menge Zeug. Nehmen Sie mal an, daß der Generalsekretär mitwirkt bis zum Einvernehmen hin bei der Bestellung von Landesgeschäftsführern; daß er mitwirkt bei der Bestellung der Hauptgeschäftsführer der Vereinigungen; daß er mitwirkt bei der Aufstellung aller dieser Haushalte. Ich nenne nur diese drei Rechte ohne die vielen anderen Rechte. Das ändert sich zum Beispiel. Wir kriegen eine viel straffere Bundespartei, eine Partei, die nicht nur auf Parteitag von den Delegierten den Wunsch mit auf den Weg kriegt, nun führt mal schön, aber keinerlei Kompetenzen hat, sondern wir kriegen eine Bundespartei mit einer größeren Möglichkeit, selbst zu handeln.

Der Wunsch, den Namen Generalsekretär zu nehmen, ist von außen an das Präsidium herangetragen worden. Sie alle wissen, daß wir in einer Schwierigkeit waren, nachdem wir mit der alten Satzung ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied hatten, das dann von sich aus mit Recht und mit unserer Unterstützung gesagt hat, praktisch mache ich es so, als sei ich ein Geschäftsführender Vorsitzender. Das war eine Präokkupation von in der Satzung nicht vorgesehenen Rechten. Das kommt jetzt alles dazu. Ich will es nicht im einzelnen ausführen.

Ich glaube also, daß sich hier nicht nur der Name ändert, sondern daß in der Tat die Bundespartei insgesamt konkretisiert auf den Generalsekretär ein paar Rechte bekommt, die sie – wie wir miteinander meinen, denn wir haben es ja beschlossen – dringend braucht. – Das Wort hat Herr Mikat.

Mikat: Ich halte es nicht für gut, die Frage „hauptamtlich oder nicht hauptamtlich“ in einer Satzung zu regeln. Solche Satzungen werden erlassen in ganz bestimmten konkreten Situationen. Beim Generalsekretär sind zwei Modelle möglich. Wir haben einmal das Modell – dadurch sind wir natürlich etwas belastet – in den romanischen Ländern. Dort stellt der Generalsekretär einer Partei gewissermaßen sogleich ein Pendant der eigenen Partei gegenüber der Regierung dar. Das setzt voraus, daß dann auch der gesamte Parteaufbau sehr stark hier angegliedert wird.

Bei uns haben wir weitgehend eine Identität von Parteispitze und Regierungsspitze nicht nur beim 1. Vorsitzenden, sondern wir haben auch einen Teil der Herren, die als Stellvertreter nominiert werden, die im Kabinett sind. Ich würde empfehlen, daß man

das auf dem Parteitag auch den Delegierten sagt: Wir haben die Wahl auf Herrn Heck ausgerichtet. Es ist durchaus möglich, daß im Laufe der Zeit, Herr Bundeskanzler, mal eine andere Struktur sich entwickelt. (*Kiesinger*: Natürlich!) Was wir zunächst einmal brauchen, sind Erfahrungen mit der Institution des Generalsekretärs; denn in der Tat ist sein satzungsmäßiges Recht gegenüber einem Geschäftsführenden Vorsitzenden nicht so grundlegend verschieden. Ich meine aber, daß dieses Amt sich im Laufe der Zeit durchaus auffüllen kann. Diese Übergangszeit sollten wir uns offenhalten. Es ist schlecht, eine perfektionistische Regelung gleich an den Anfang zu stellen. Deswegen würde ich aus diesen, zugegebenermaßen sehr pragmatischen Gründen für die jetzt von Herrn Barzel vorgeschlagene Lösung plädieren. (*Beifall*.)

Barzel: Meine Damen und Herren! Weil wir auch noch das Personaltableau erörtern müssen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir diese Debatte des Generalsekretärs zu einem gewissen Abschluß bringen könnten. Wir wissen, es kommt auf dem Parteitag ohnehin zur Debatte. Ich würde doch gern, weil es für den in Aussicht genommenen Vorsitzenden der Partei eine sehr wichtige Sache ist, wissen, wie dieser Bundesvorstand zu der Frage denkt – das ist ja der Antrag, der von verschiedenen Seiten vorliegt –, „hauptamtlich“ in die Satzung zu schreiben.

Wir haben alle im Ohr, was Herr Mikat am Schluß und der Herr Bundeskanzler eingangs gesagt haben. Darf ich dann fragen, wer dafür ist, daß wir die Satzung so lassen, wie sie ist, d. h. die Frage offenlassen, ohne eine Änderung vorzunehmen, den bitte ich um ein Zeichen. (*Kraske*: 22!) Die Gegenprobe! (*Kraske*: Zwölf!) Enthaltungen! (*Kraske*: Neun!) 22 für die bisherige Satzung, zwölf dagegen, neun Enthaltungen. Kann ich damit den Punkt „Generalsekretär“ verlassen? Wir müssen noch zu dem Tableau kommen. – Herr Kohl!

Kohl: Herr Barzel, mir scheint es doch richtig zu sein, auch bei diesem Abstimmungsergebnis zumindest die Frage aufzuwerfen, vertritt dieser Vorstand diese Mehrheitsmeinung, die eben gebildet wurde, nachher im Parteiausschuß und morgen auf dem Parteitag? Für mich ist es ganz wichtig zu wissen. Ich habe mitgestimmt, und es ist dies meine Meinung. Ich habe dabei auch meine Freunde von Rheinland-Pfalz vertreten. Es ist immerhin von einiger Wichtigkeit – wenn ich mir die Abstimmung zur Person hier betrachte – zu wissen, ist das nun eine Sache, für die ich als Mitglied des Bundesvorstands kämpfe, oder ist es eine Abstimmung, die etwa so betrachtet werden muß, daß nun der eine oder andere hier hinausgeht und dafür Sorge trägt, daß auf dem Parteitag eine Mehrheit für die jetzt unterlegene Meinung zustande kommt? Das muß fairerweise zumindest hier angesprochen werden.

Barzel: Herr Kollege Kohl, wenn ich aus meiner Sicht das beantworten darf, so bin ich nicht der Erfinder des Generalsekretärs. Ich bin der Vorsitzende der Kommission für die Satzung gewesen und habe dann die Mehrheitsbeschlüsse vorgetragen und bis zu dieser Stunde eigentlich ganz glücklich durch die verschiedenen Klippen bringen können. Ich werde mich also für diese Mehrheit hier aussprechen. Ich werde auch sagen, daß hier eine Mehrheit war. Aber ich glaube nicht, daß es möglich ist, vor einem Parteitag, der eine entscheidende Beschlußfassung vorzunehmen hat, etwa zu sagen: Alle

Mann an Bord, die Mehrheit hat recht. Wir stehen jetzt alle wie ein Mann auf dem Parteitag.

Ich glaube, Herr Kohl, das ist in diesem Augenblick ... (*Kohl*: Das war nicht meine Frage!) Aber wir kommen doch schon ein Stückchen näher. – Herr Amrehn wollte etwas sagen.

Amrehn: Das ist der Punkt, von dem ich heute morgen schon sagte, er wird den Kern der ganzen Auseinandersetzungen auf dem Parteitag bilden. Jetzt will ich Ihnen an meiner eigenen Person einmal schildern, wie sich die Dinge entwickeln können. Ich habe ohne Rücksicht auf Person oder Personen diesen Satzungsentwurf miterarbeitet im Präsidium und habe ihn getragen. Wir haben in Berlin nach unserer Wahl einen Parteitag gehabt.²⁶ Der Gedanke des Generalsekretärs hat gezündet durch alle Landesverbände, und dort, wo eine Möglichkeit besteht, werden Anträge gestellt. Ein Landesparteitag hat mit ganz großer Mehrheit beschlossen, auf diesem Bundesparteitag in Braunschweig die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs zu verlangen.²⁷

Was soll so ein Landesvorsitzender z. B., der hier keineswegs geschwiegen hat, nun tun in einer Situation, in der er morgen sagen muß, wir gehen hier aus dem Haus und wissen, daß morgen oder übermorgen um diese Frage ganz hart gekämpft wird? Es ist unsere Pflicht, den Herrn Bundeskanzler auf diese Situation heute aufmerksam zu machen und ihn nicht übermorgen damit zu überraschen.

Barzel: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Nach der letzten Sitzung des Bundesvorstands, als wir uns für „nicht hauptamtlich“ entschieden haben, habe ich dieses Votum des Bundesvorstands vor meinem Landesausschuß vertreten. Ich muß Ihnen sagen, daß ich gegen meine Stimme einstimmig überstimmt worden bin. (*Gurk*: Auch mir ist es schlecht ergangen! – *Lebhafte Heiterkeit*.)

Barzel: Ich sehe aber, daß alle diejenigen, denen es schlecht gegangen ist, noch leben. Ich glaube, es wird uns auch am Schluß des Parteitags, wie immer die Entscheidung fallen wird, auch gelingen. Ich meine, wir können in diesem Augenblick nicht noch weiterkommen. – Herr Kraske!

Kraske: Herr Vorsitzender! Ich darf bitten, gleich folgendes zu klären. Es liegen zu diesem Thema eine Reihe von Anträgen vor, die ordnungsmäßig bei der Geschäftsstelle eingegangen sind, vom Landesverband Nordwürttemberg und von einigen Kreisverbänden. Diese Anträge fordern Satzungsänderungen zu der Beschlußvorlage des Vorstands, insbesondere in der Frage des Generalsekretärs, seiner Hauptamtlichkeit und der Form seiner Abberufung, aber auch im Hinblick auf die Zahl der Stellvertreter, was wir hier schon erörtert haben.

26 43. Landesparteitag der CDU Berlin am 29./30. April 1967.

27 Der LV Nordwürttemberg hatte sich einstimmig für einen hauptamtlichen Generalsekretär ausgesprochen, vgl. die Wortmeldung des Delegierten Reinhold Fyrnys auf dem Bundesparteitag. Auf dem Braunschweiger Parteitag beantragte Manfred Luda für den LV Westfalen-Lippe, die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs in der Satzung zu verankern, vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG S. 151, 159.

Sollen diese Anträge im einzelnen nachher dem Bundesausschuß bzw. dann erst recht dem Parteitag zugehen, oder sollen diese Anträge gegebenenfalls von einer Antragskommission dieses Bundesvorstands behandelt, zusammengefaßt und dann nur im Ergebnis dem Parteitag vorgetragen werden?

Barzel: Das ist eine sehr wichtige Frage von Herrn Kraske. Gibt es dazu in unserer Satzung oder in der Geschäftsordnung etwas? (*Kraske:* Nein!) Dann würde ich persönlich raten, diese Anträge lauffenzulassen und sie auf dem Parteitag bringen zu lassen ohne das Vorfilter einer Annahmekommission usw. – Herr Kraske!

Kraske: Da die Anträge teilweise gleiche oder fast gleiche Vorschläge enthalten, würde ich empfehlen, daß man sie etwas zusammenfaßt. (*Barzel:* In einer Drucksache!) Damit sollte hier ein kleiner Kreis beauftragt werden, der das bis morgen nachmittag durchführen kann.

Barzel: Das kann die Bundesgeschäftsstelle machen. Sie sind einverstanden! Ich bedanke mich.

Dann kommen wir zum dritten Punkt, und zwar handelt es sich um das Personaltableau auf dem rosa Papier. Ich darf, meine Damen und Herren, mit Ihrer Erlaubnis das eben durchgehen: 1. Ehrenvorsitzender. Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen. 2. Vorsitzender. Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen. 3. Generalsekretär. Es ist eine Empfehlung an den Parteitag. Keine Debatte! Beschlossen! 4. Stellvertretende Vorsitzende. Wir haben uns vorher auf fünf geeinigt. Dann kommen wir jetzt zu den Namen: Schröder, Dufhues, von Hassel, Lücke, Brauksiepe. Wird das Wort gewünscht? – Herr Stingl!

Stingl: Ich habe vorhin schon gesagt, daß wir zwei Namen derer, die früher im Präsidium waren, hier nicht mehr finden. Ich bin der Auffassung, daß wir jetzt bei den Stellvertretenden Vorsitzenden die zwei, die bisher im Präsidium waren, mit als Kandidaten aufnehmen sollten. Und dann müßte der Parteitag auswählen.

Barzel: Herr Kollege Stingl, darf ich der Einfachheit halber auf folgendes hinweisen? Entschuldigen Sie, wenn ich das Wort nehme. In der Vorbesprechung heute morgen haben wir über folgende Frage lange diskutiert und dann durch Abstimmung entschieden, ob wir nämlich für die 20 des Parteivorstands einen Vorschlag von 20 oder mehr machen sollten. Wir haben uns dann auf 20 festgelegt und dann durch eine komplizierte geheime Abstimmung in diesem Gremium diesen Zettel, Seite 2, erarbeitet. Wenn jetzt dieser Vorstand hinsichtlich der Stellvertretenden Vorsitzenden davon abweicht, ist das nicht richtig.

Daß der Parteitag bei vielen Positionen andere Vorschläge machen wird, nach dem, was man hört, auch bei den Stellvertretenden Vorsitzenden, weil jeder Delegierte antragsberechtigt ist, das ist ganz klar. Daß wir mit den 20 Namen als Stimmzettel nicht durchkommen werden, ist auch jedermann klar. Ich meine, wir sollten in der Logik bleiben und jetzt vom Bundesvorstand her nur die vorschlagen, die in der Zahl der Satzung vorgesehen sind. – Herr Gurk!

Gurk: Sie sprachen vorhin davon, daß 27 Damen und Herren in Erwägung waren. Können Sie angeben, wer diese 27 sind?

Barzel: Ich bin dazu im Augenblick nicht imstande. Wir werden das, wenn wir an die zweite Seite kommen, uns von Herrn Kraske vortragen lassen.

Darf ich dann versuchen, die Frage der Stellvertretenden Vorsitzenden zum Abschluß zu bringen? Es sind also fünf nach unserem Satzungsvorschlag. Die Namen lauten: Schröder, Dufhues, von Hassel, Lücke, Brauksiepe. Können wir das gleich so vortragen? (*Lebhafte Unruhe.* – *Zuruf:* Gegenvorschläge werden kommen!) Gegenvorschläge kommen! Dann ist hier noch die Frage des Schatzmeisters zu klären. – Herr Grundmann!

Grundmann: Ich möchte jetzt keinen Antrag stellen, aber ankündigen, daß in der Frage des Schatzmeisters ein Gegenantrag kommt, Herrn Professor Burgbacher wieder zum Schatzmeister zu wählen.

Barzel: Wir können aber jetzt weiter fortfahren. Ich bin dankbar, daß dies angekündigt ist. – Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Es ist mir jetzt völlig unklar. Was werden wir denn nachher im Bundesausschuß machen, wenn dort schon die Vorschläge kommen? Jetzt schlägt dieser Bundesvorstand ein Tableau vor, es wird aber von verschiedenen Seiten angekündigt, daß noch andere Vorschläge kommen. Soll der Bundesausschuß das nachher wieder klären? (*Zurufe:* Nein, nein!)

Barzel: Herr Stingl, ich nehme an, daß nachher der Herr Bundeskanzler a. D. Erhard die Sitzung leiten wird. Sollte ich das Vergnügen haben, dort wieder den Vorsitz zu führen, dann würde ich nicht vorschlagen, daß der Parteiausschuß nachher noch in eine weitere Personaldebatte eintritt. Ich würde dies mitteilen und die anderen Fragen der Satzungsänderungen dort erörtern. Aber ich glaube nicht, daß der Bundesausschuß noch Vorschläge machen sollte. – Herr Amrehn!

Amrehn: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Praxis der bisherigen Parteitage völlig anders war. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Im Bundesausschuß werden die Vorschläge gemacht, von denen man glaubt, daß sie auch auf den Parteitag kommen werden. Dann liegt die Liste nach der Sitzung des Bundesausschusses für den Bundesparteitag vor. So war es bisher. (*Von Hassel:* Aber ohne im Bundesausschuß abzustimmen!) Es geht darum, wer noch auf die Liste kommt.

Barzel: Herr Kraske!

Kraske: Wir stehen insofern vor einem neuen Abschnitt der Geschichte, (*Lebhafte Heiterkeit.*) als wir einen 27er-Vorschlag gemacht haben. Ich muß allerdings sagen, daß bei den bisherigen zahlenmäßig viel kleineren Vorschlägen wir uns immer bemüht haben, wenn sie durch den Vorstand gebilligt waren, auch im Bundesausschuß durch Abstimmung die Billigung herbeizuführen, um diese Vorschläge dann dem Parteitag namens des Bundesvorstands und des Bundesausschusses präsentieren zu können.

Barzel: Darf ich dazu folgendes sagen. Mir ist die frühere Praxis auch bekannt, nur haben wir bisher durch den Parteitag den Vorsitzenden gewählt. Dann läßt man also die Mitglieder des Präsidiums wählen. Die übrigen Mitglieder des Bundesvorstands sind ganz anders zustande gekommen. Deshalb sind wir in einer ganz neuen Lage, die uns auch veranlaßt, nunmehr zu prüfen, wie wir verfahren sollen. (*Amrehn:* Und der Bun-

desausschuß?) Das war vor dem Bundesausschuß. Damals war der Bundesausschuß das Beschlußgremium. Eines ist ganz sicher, Herr Amrehn, in dieser Frage wird der Partei-ausschuß sich selbst gleich bestätigen. (*Anhaltende starke Unruhe. – Glocke des Vorsitzenden.*) Meine Damen und Herren, ich würde gern mit Ihrer Erlaubnis und im Blick auf die Uhr, weil das alles wiederkommt, auf die zweite Seite dieses rosa Papiers kommen, auch um die Frage zu beantworten, die Herr Gurk gestellt hat. Mir scheint, daß auf der zweiten Seite die Zahl 20 geändert werden muß durch 19 weitere Mitglieder, und daß Frau Brauksiepe dann hier zu streichen ist. – Dazu Herr Kraske!

Kraske: Für die Sitzung heute vormittag hat vorgelegen ein 27er-Vorschlag, der dann um acht Namen erweitert worden ist auf einen 35er-Vorschlag, aus dem 20 zu wählen waren. Ich setze Ihr Einverständnis voraus, wenn ich diese 35 Namen in einer nicht ganz systematischen Reihenfolge vorlese, so wie sie mir hier vorliegen: Adorno, Amrehn, Blank, Brauksiepe, Fera, Filbinger, Fricke, Gradl, Grundmann, Hahn²⁸, Jansen, Katzer, Klepsch, Kohl, Lemke, Lemmer, Meyers, Müller-Hermann²⁹, Niermann, Noltenius, Röder, Scheufelen, Schmücker, Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg, Windelen, Weiszäcker, Etzel, Russe, Vogel (Warendorf), Ernst Lemmer, Stein³⁰, Fay, Blumenfeld. Diese Liste hat zur Abstimmung vorgelegen. Die 20 mit den meisten abgegebenen Stimmen entnehmen Sie der Liste auf der roten Vorlage, die inzwischen auf 19 zu vermindern ist, weil das Präsidium um einen Platz erhöht worden ist.

Barzel: Ist die Frage beantwortet, Herr Gurk? (*Gurk:* Ja.) – Herr Hellwig!

Hellwig: Ich wollte nur fragen, wie ist die Rechtslage im Augenblick derjenigen Vorstandsmitglieder, die bisher gewählt sind und deren Mandat noch nicht abgelaufen ist? Es ist hier eine gewisse Parallelität mit dem Problem, das vorhin beim Präsidium aufgetreten ist, d. h. mit anderen Worten, ein solcher Vorschlag könnte erst nach der Satzungsänderung erfolgen.

Darf ich weiter fragen, wenn ich richtig sehe, besteht hier ein Zusammenhang mit dem Parteiengesetz, daß der Vorstand gewählt wird und nicht in der Mehrzahl aus geborenen Mitgliedern zusammengesetzt sein soll? Es wäre nützlich, bei dem jetzigen Wahlvorschlag anzugeben, welches die Parteiämter als Landesvorsitzender, Stellvertretender Landesvorsitzender, Minister usw. sind, im Sinne der bisherigen geborenen Mitglieder. Dann würde erst deutlich werden, inwieweit den Anforderungen des Parteiengesetzes entsprochen wird.

Barzel: Herr Kraske!

28 Prof. Dr. Wilhelm Hahn (1909–1996), Theologe; 1937 Promotion nach Studium der Evangelischen Theologie, Mitglied der Bekennenden Kirche, Pfarrer in Minden, 1946 Landeskirchenrat der Westfälischen Kirche, 1950 Professor für Praktische Theologie an der Universität Heidelberg, 1958–1960 Rektor der Universität, 1962–1964 MdB (CDU), 1968–1980 MdL Baden-Württemberg, 1964–1978 Kultusminister, 1979–1987 MdEP. Vgl. LEXIKON S. 260 f.

29 Ernst Müller-Hermann (1915–1994), Redakteur; 1946–1952 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (CDU), 1952–1980 MdB, 1958–1964 und 1977–1984 MdEP, 1968–1974 Landesvorsitzender der CDU Bremen. Vgl. LEXIKON S. 335 f.

30 Gustav Stein (1903–1979), Rechtsanwalt; 1949–1957 stv. Hauptgeschäftsführer und 1957–1963 Hauptgeschäftsführer des BDI, 1961–1972 MdB (CDU).

Kraske: Herr Hellwig, ich glaube, hier liegt ein Mißverständnis vor. Das Parteiengesetz schließt nicht aus, daß ein Landesvorsitzender dem Vorstand angehört, sonst würden wir dem wohl auch nicht zustimmen, aber er darf ihm nicht als Landesvorsitzender, sondern er muß ihm als Amrehn, als Kohl oder wie auch immer durch die Wahl des Parteitags angehören. (*Hellwig:* Die geborenen Mitglieder waren im Gremium, welches diesen Vorschlag ausgearbeitet hat?) Nein, das Gremium, welches diesen Vorschlag ausgearbeitet hat, waren die, die außer dem Rennen auf dieser Liste waren. Diese haben dann einen Vorschlag gemacht. Heute vormittag wurde dann dieses 20er-Votum abgegeben.

Barzel: Herr Vogel!

Vogel: Herr Vorsitzender, wir können feststellen nach dem Abstimmungsergebnis von heute morgen, daß bei dem, was als Vorschlag hier vorliegt, einige Schwerpunkte erscheinen, die nicht dem Bild der Partei entsprechen. In jedem Fall wird es hier zu einer Reihe von kontroversen Punkten kommen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Junge Union ihren Bundesvorsitzenden Dr. Klepsch vorschlagen wird.

Barzel: Herr Dufhues!

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es notwendig gewesen wäre, die Absicht etwaiger Änderungsvorschläge bereits mitzuteilen. Wir wissen nun nicht nur aus der Presse, sondern auch von anderer Seite, daß die Absicht besteht, unseren Parteifreund Theo Blank als Stellvertretenden Vorsitzenden vorzuschlagen. Ich weise darauf hin, daß mit einem solchen Antrag zu rechnen ist.

Nun möchte ich unterstreichen, was Herr Vogel soeben gesagt hat. Ich habe bereits in der vorangegangenen Konferenz darauf hingewiesen, daß das Bemühen um die Ausgewogenheit in der Zusammensetzung des Vorstands nicht in allen Teilen gelungen ist. Ich würde es für notwendig halten, daß auch ein Repräsentant der bäuerlichen Bevölkerung in einem dreißigköpfigen Vorstand erscheint. Ich habe die Absicht, darauf hinzuwirken, daß ein solcher Repräsentant der bäuerlichen Bevölkerung, nämlich unser Parteifreund Gustav Niermann, gewählt wird. Ich weiß nicht, ob der Vorstand bereit ist, sich mit dieser Frage zu befassen. Auf jeden Fall müssen Sie mit einem solchen Antrag rechnen.

Barzel: Wird das Wort gewünscht? – Ich stelle also fest, daß wir zwei Mitteilungen über Anträge, die auf dem Parteitag kommen werden, entgegengenommen haben. Wir sollten also jetzt nicht noch einmal in eine Abstimmung eintreten. So habe ich Sie verstanden. (*Etzel:* Darf ich noch einmal daran erinnern, daß Sie die eben erwähnte Frage in Gegenwart von Herrn Lücke stellen wollten?) Ich bin Ihnen sehr dankbar, ich hätte es vergessen, Herr Etzel.

Herr Kollege Lücke, hier ist vorhin die Frage aufgeworfen worden, ob alle Mitglieder – da Sie eben nicht anwesend waren, muß ich die Frage an Sie richten – des Präsidiums bereit sind, ihre Ämter niederzulegen, um den Weg freizumachen für diese Satzung und die Neuwahl insgesamt. Die anwesenden Herren haben das eben erklärt. Ich bitte den Kollegen Lücke, sich zu dieser Frage zu erklären.

Lücke: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung. Ich war mit dem Herrn Bundeskanzler heute auf der Reise am Zonenrandgebiet. Ich habe die Erklärung, die abzugeben ist, vor dem Parteipräsidium dergestalt abgegeben, daß ich gesagt habe, wenn wir zu einer vernünftigen Lösung kommen, wenn die Satzungsänderungen erfolgen, so daß wir also zu Neuwahlen kommen, dann lege ich natürlich mein Amt nieder. Aber ich will wissen, ob wir zu einer vernünftigen, der Sache entsprechenden Lösung kommen. Wenn das, was sich hier abzeichnet, geschieht, werde ich mein Amt zur Verfügung stellen.

Barzel: Herr Glup!

Glup: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn ich den 20er-Vorschlag mir ansehe und daran denke, was nun an neuen Vorschlägen gemacht worden ist, dann bin ich der Meinung, daß man die Ausschußsitzung dazu benutzen sollte, einen neuen Vorschlag zu machen. Wenn wir eine Ausgewogenheit herstellen wollen, können wir doch nicht mit einem solchen Vorschlag vor den Parteitag treten. Heute morgen war nur ein 19er-Vorschlag herausgekommen. Ansonsten wird die ganze Diskussion zu einer Farce. Wir scheuchen also Vögel auf, die dann auf dem Parteitag weiterfliegen. (*Heiterkeit und Unruhe.*)

Barzel: Herr Amrehn!

Amrehn: Dieser Punkt wird gleich im Bundesausschuß diskutiert werden. Der Sinn der Vorauswahl war erklärtermaßen darin z. T. gesehen worden, daß man damit eine gewisse Präferenz für Namen schaffen wollte. So war das früher auch, wobei dann die anderen Namen draufgesetzt werden müssen.

Ich meine nun, nachdem alle Mitglieder des Präsidiums ihre Bereitschaft erklärt haben, die nun auch Herr Lücke zum Ausdruck gebracht hat, muß das im Vorstand ausdrücklich festgestellt werden. Dann gehört in der 4. Plenarsitzung nach Abschluß der Satzungsänderungen vor den Wahlen ein Tagesordnungspunkt „Rücktritt des Präsidiums und des Bundesvorstands“. Dann können wir erst neu wählen. Das steht bisher nicht in der Tagesordnung. (*Lücke:* Das habe ich auch gesagt.)

Barzel: Ich glaube, es ist ganz vernünftig, Herr Kraske, was Herr Amrehn sagt. (*Lebhafte Unruhe.* – *Kohl:* Es muß eine Mitteilung erfolgen, aber kein Tagesordnungspunkt.) Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir uns für die letzten zwölf Minuten dieser Vorstandssitzung das Leben erleichtern können. Mir scheint, daß wir doch natürlich einen Vorschlag brauchen. Das ist der Sinn der langen Arbeit. Warum haben wir einen Vorschlag ausgearbeitet? Um zu versuchen, bei dieser ersten, doch ein Risiko beinhaltenden geheimen Wahl des Bundesvorstands dem Unionsgedanken Rechnung zu tragen. Wir müssen deshalb zu einer bestimmten Meinungsäußerung hier im Bundesvorstand kommen.

Ich habe bisher nur gehört, daß auf dem Parteitag zu den verschiedenen Positionen andere Personalvorschläge gemacht werden. Ich würde aber gern feststellen dürfen, ob wir als Bundesvorstand diesen Vorschlag insgesamt zunächst dem Bundesausschuß geben können. Irgendwie müssen wir ja weiterkommen, sonst hängen wir im luftleeren Raum, und zwar mit viel Arbeit, die dahintersteckt. – Herr Hellwig!

Hellwig: Wenn das als Vorschlag des Bundesvorstands dem Bundesausschuß gegeben wird, möchte ich bitten, das mit der größten Zurückhaltung zu machen. Wir müssen daran denken, daß der Bundesausschuß wegen der Wahl des Bundesvorstands ein wesentliches Recht durch die Satzung verliert; denn die 15 weiteren Mitglieder sind vom Bundesausschuß gewählt worden. Daß der Bundesausschuß schon früher gegenüber den Vorschlägen, die der Bundesvorstand vorgelegt hat, sehr kritisch war und sich das Recht der Ergänzung und Aufstellung eines Wahlvorschlages vorbehalten hat, möchte ich in Ihre Erinnerung zurückrufen. Ich glaube deshalb, daß Sie nur mit der größten Delikatesse dem Bundesausschuß klarmachen können, daß es sich um einen ersten Versuch handelt; denn der Bundesausschuß wird ein wesentliches Recht durch diese Satzungsänderungen verlieren.

Barzel: Herr Kraske!

Kraske: Daß die Angelegenheit delikater zu behandeln ist, ist bei ihrer Bedeutung eindeutig, aber ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß die Landesvorsitzenden, die bisher als einziges Gremium mehrheitlich zu diesem Vorschlag votiert haben, kein satzungsmäßiges Gremium sind. Gerade in Ihrer Richtung, Herr Hellwig, würde ich sagen, daß es dem Bundesausschuß gegenüber noch schwieriger ist, wenn wir einen Vorschlag präsentieren, weil es den Absender in der Satzung überhaupt nicht gibt. Ich würde deswegen auch nach der bisherigen Praxis sehr darum bitten, dem Vorschlag von Herrn Barzel zu folgen und pauschal über diese 19er-Liste abzustimmen, weil dem Bundesausschuß gegenüber nur der Bundesvorstand oder einzelne, aber nicht die Landesvorsitzendenkonferenz, antragsberechtigt sind.

Barzel: Herr Vogel!

Vogel: Ich bin der Auffassung, wir sollten diesen Vorschlag an den Bundesausschuß weitergeben, ohne daß wir sagen, damit identifiziert sich der Bundesvorstand. (*Zuruf:* Genau so!) Das ist ein Gremium gewesen, das anders zusammengesetzt war als dieses. Es ist sicher, daß wir zu einem anderen Ergebnis kämen. Aber es wäre zweckmäßig, wenn wir zweimal präjudizierend etwas sagten.

Barzel: Das ist natürlich schwierig, Herr Vogel, wenn wir das nur weitergeben. Irgend jemand muß doch diesen Vorschlag machen, sonst kommt man nicht in die Debatte. Dann muß das Präsidium noch einmal zusammentreten. Wollen wir dann wegen dieser Sache noch einmal vertagen? – Herr Filbinger!

Filbinger: Ich frage mich, was ist das für ein Gremium, der Bundesvorstand? Ist das ein Gremium, das nach Art eines Boten oder Briefträgers Dinge weitergibt, oder ein Gremium, das zur eigenen Willensbildung da ist? Wir sind doch dazu da, daß wir eine Entscheidung treffen. Diese Entscheidung sollte hier im Wege der freien Abstimmung getroffen werden. Dann aber steht unser Votum dahinter, wenn wir an den Bundesausschuß gehen. (*Blumenfeld:* Dann muß auch über die entsprechenden Vorschläge hier abgestimmt werden, wenn wir uns das zu eigen machen.)

Barzel: Herr Mikat!

Mikat: Der Bundesvorstand hat doch in seiner Sitzung in Bonn eine Kommission beauftragt, daß Präsidium und diese Kommission tätig werden sollen. (*Kraske:* Das hat

nicht der Bundesvorstand beauftragt, sondern die Landesvorsitzenden haben diese Kommission eingesetzt.) Entschuldigen Sie, der Bundesvorstand hat in der Sitzung am 2. Mai sich damit einverstanden erklärt, daß die Landesvorsitzenden plus den anderen einen Vorschlag machen. Das ist doch ganz klar, Herr Kraske, außerdem ist es im Ergebnis dasselbe. Jetzt haben wir drei Möglichkeiten: Entweder das Präsidium eignet sich den Vorschlag an und trägt vor. Ich bin aber der Meinung von Herrn Filbinger. Wir können doch hier darüber abstimmen und tragen dann das Abstimmungsergebnis dem Bundesausschuß vor. Wenn Sie das nicht wollen, hat immer noch das Präsidium die Möglichkeit, seinerseits das Ergebnis des Präsidiums dem Ausschuß vorzutragen. Wollen sie das auch nicht, dann können sie sagen, einige Leute haben das erarbeitet. Das sind die drei Möglichkeiten.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die beste Möglichkeit tatsächlich die ist, daß wir darüber abstimmen, ob diese Vorlage für den Bundesausschuß vorgelegt wird. (*Zuruf:* Müssen wir nicht! Muß das Präsidium machen!) Irgendwie muß die Sache doch einen Stempel kriegen. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Hellwig.

Hellwig: Wenn dieser Vorschlagskreis keine parteiamtliche Legitimation hat, müssen Sie natürlich den Bundesvorstand als den offiziellen Vorschlagskreis fragen, ob er offen in cumulo oder ob er auch in einer geheimen Abstimmung ...

Barzel: Herr Hellwig, das ist selbstverständlich. Ich bin ja noch gar nicht bei der Frage, ob wir abstimmen. Dann werden wir feststellen, wie wir abstimmen. Das kann doch nur nacheinander gehen. – Herr Glup!

Glup: Wenn Sie so vorgehen, daß Sie zunächst einmal feststellen, ob überhaupt abgestimmt werden soll, so habe ich nichts dagegen, aber die zusätzlich gemachten Vorschläge müssen doch bei der Abstimmung im Bundesvorstand berücksichtigt werden.

Barzel: Herr Heck!

Heck: Herr Vorsitzender! Ich glaube, daß dieser Vorschlag zurückgeht auf einen Auftrag des Bundesvorstands an das Präsidium plus Landesvorsitzenden. Dieses Gremium ist auf seiner ersten Sitzung mit diesem Auftrag nicht fertig geworden und hat eine Achter-Kommission gebildet und diese Kommission beauftragt, einen Vorschlag zu machen. Dieser Vorschlag ist heute früh vom Präsidium zusammen mit den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Vereinigungen beraten und dann darüber Beschluß gefaßt worden. Das ist hier dieser Vorschlag. Deswegen muß der Vorstand zu dem in seinem Auftrag erarbeiteten Vorschlag Stellung nehmen mit Ja oder Nein. Wenn er ihn verwirft, kann er einen neuen machen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Herr Kollege Heck einen richtigen Vorschlag gemacht hat. Für den Fall, daß Sie – ich bitte Sie, auf die Uhr zu gucken und an die Öffentlichkeit zu denken, wie solche Verzögerungen dann wirken – bereit sind, ein solches globales Ja oder Nein – darum geht es jetzt – zu sagen, würde ich dann noch prüfen, was wir hinsichtlich der Anregung des Kollegen Hellwig machen, ob wir dieses globale Ja oder Nein in geheimer Abstimmung oder in offener Abstimmung feststellen.

Dann darf ich zum Verfahren fragen, wer ist dafür, daß hier geheim abgestimmt wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Wir können also offen abstimmen.

Dann stelle ich die Frage, wer dafür ist, daß dies als Vorschlag, wie es eben interpretiert wurde, dem Bundesausschuß gleich gegeben wird, den bitte ich um ein Zeichen. (*Rummler*: 34!) – Die Gegenprobe! (*Rummler*: 13!) – Enthaltungen! (*Rummler*: 5!) 34:13:5. (*Blank*: Sechs!) Das erste war die Mehrheit.

Dann bitte ich Herrn Kraske, nachdem das Tableau besprochen ist, noch die weiteren Dinge vorzutragen. Ich werde allerdings in drei Minuten die Sitzung abbrechen.

Kraske: Erster Punkt: Antrag der Wirtschaftsvereinigung des Rheinlandes, in eine Vereinigung umgewandelt zu werden. Darf ich Dr. Heck bitten, dazu ein Wort zu sagen?

Heck: Meine Damen und Herren! Dieser Antrag der Wirtschaftsvereinigung der Christlich-Demokratischen Union des Rheinlandes hat zwei Parallelanträge gehabt, einen von den Sozialausschüssen des Rheinlandes und einen von den Sozialausschüssen insgesamt. Er zielte darauf ab, daß dem Wirtschaftsrat untersagt werden soll, die Bezeichnung „Wirtschaftsrat der CDU“ zu führen. Wir hatten am vergangenen Donnerstag eine Aussprache zwischen Vertretern der Sozialausschüsse und des Wirtschaftsrats. In dieser Aussprache ist eine einvernehmliche Regelung erzielt worden, der sich beide Partner unterworfen haben. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, die Regelung hier bekanntzugeben. (*Zurufe*: Doch, kurz!) Es ist folgendes beschlossen worden:

1. Daß der Wirtschaftsrat der Union sich künftighin strikt genauso nach den Rechten und Pflichten verhalten wird, wie das die Vereinigungen innerhalb der Union bisher getan haben.

2. Ist ausdrücklich erklärt worden, daß, falls eine weitere Wirtschaftstagung stattfindet, ehe der Wirtschaftsrat Vereinigung der Union geworden ist, der Wirtschaftsrat keinerlei zu veröffentlichende Richtlinien verabschieden wird, die nicht vorher mit der Parteiführung abgestimmt sind.

3. Der Wirtschaftsrat hat erklärt, daß er von sich aus anstrebe, eine Vereinigung innerhalb der CDU zu werden. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß dies auf dem nächsten Parteitag 1968 satzungsmäßig geregelt werden könne.

Mit dieser Regelung haben sich die Sozialausschüsse einverstanden erklärt. Ich nehme an, daß die Wirtschaftsvereinigung der Christlich-Demokratischen Union des Rheinlandes auf diese Vereinbarung hin auf ihren Antrag verzichten wird, nämlich jetzt schon eine Wirtschaftsvereinigung in den Statuten zu beschließen. Das ist einfach deswegen formal nicht möglich, weil der Wirtschaftsrat dazu zunächst eine Entscheidung in seiner Mitgliederversammlung herbeiführen muß.

Barzel: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich muß darauf bestehen, daß die künftige organisatorische Gestaltung des Wirtschaftsrats abgesprochen wird mit der Mittelstandsvereinigung; denn es ist unmöglich, daß wir zwei Vereinigungen haben, die sich wirtschaftspolitisch betätigen. Ich will den Gang der Verhandlungen und der Entwicklung nicht aufhalten, aber es kann

nicht so stehenbleiben, wie Herr Heck es eben gesagt hat. Die weiteren Verhandlungen können nur stattfinden unter Einschaltung der Mittelstandsvereinigung. Es kann in den jetzigen Beschlüssen noch keine Festlegung erfolgen.

Barzel: Herr Heck!

Heck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe lediglich über das berichtet, was beraten und vereinbart worden ist, um die Anträge, die für diesen Parteitag gestellt worden sind, aus der Welt zu schaffen. Ich habe nicht darüber berichtet, wie die weitere Prozedur sein soll. Es ist aber in dem Kreise gesprochen worden, daß sich zunächst die Herren des Wirtschaftsrats und die Herren der Mittelstandsvereinigung zusammensetzen sollten, um zu besprechen, um die Fragen, die der Kollege Schmücker angesprochen hat, zu berücksichtigen und entsprechend zu regeln.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich bitte alle Kollegen, in den Kreisen, die Sie heute abend sehen – weil wir es sonst nicht bekanntgeben können –, darauf hinzuweisen, daß, wie ich höre, auf diesem Parteitag damit zu rechnen ist, daß die Zonenpresse anwesend sein wird. Es ist vielleicht ganz gut, das den Delegierten zu sagen, weil wir es sonst nicht dürfen. – Herr Kraske!

Kraske: Meine Damen und Herren! Es liegen Ihnen außer den beiden bereits besprochenen Anträgen noch drei weitere Umdrucke vor. Es handelt sich um 1. eine Satzungsänderung, Regelung des Wahlverfahrens für die Stellvertretenden Parteivorsitzenden, 2. redaktionelle Satzungsänderungen, 3. einen Beschlußantrag, dem dieser Bundesvorstand im Prinzip bereits zugestimmt hat, über den Bundesparteibeitrag ab 1. Juli.

Darf ich den Bundesvorstand fragen, ob er diesen Anträgen beitrifft? Sie sind heute vormittag noch einmal eingehend behandelt worden und müssen dem Parteitag zugeleitet werden.

Barzel: Herr Lemke!

Lemke: Beim § 44 neu fehlt ein Satz aus der Vorlage von heute morgen, nämlich: „wenn nur ein Kandidat zur Debatte steht“. – Dieser Satz müßte hinzugefügt werden.

Barzel: Dazu Herr Amrehn!

Amrehn: Der Satz kann untergehen, weil er inhaltlich in dem Satz enthalten ist: „Gewählt sind die Kandidaten, die eine Mehrheit bekommen.“ (*Lemke:* „Der oder die Kandidaten“ muß es heißen.) Wenn nur einer aufgestellt ist, muß er die Mehrheit bekommen. Ich glaube also, das ist entbehrlich. (*Lemke:* Wenn darüber Klarheit besteht, genügt es wohl.) Aber es muß eine Regelung ergänzt werden, wie bei gleicher Stimmenzahl zu verfahren ist. Ich möchte vorschlagen, daß an den Absatz 3 ein Satz 2 angehängt wird: „Ist eine Entscheidung zwischen Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl erforderlich, findet sie ebenfalls durch Stichwahl statt.“ Dieser Punkt ist bisher tatsächlich nicht geregelt.

Barzel: Sind Sie einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann bedanke ich mich.

Wir kommen zum Punkt „Verschiedenes“. Keine Wortmeldung! Dann schließe ich die Sitzung bis auf ein neues im Bundesausschuß.